

# Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr Alles!  
Vereinzelt seid Ihr nichts.

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Publikationsorgan des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter (Sitz Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r. Telephon: Berlin, Amt 7, Nr. 1076.)  
Hauptkassierer: Georg Treue, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r., an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind) und der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe. Vierteljährlicher Bezugspreis durch die Expedition 80 Pfg., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pfg., durch erstere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pfg. — Vereins- und Versammlungszugaben 15 Pfg., Geschäftszugaben 50 Pfg. die dreispaltige Zeitspalte. Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwoch zum Versand kommende Ausgabe bis Montag früh in den Händen des Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Wackerstraße 14, sein, an welchen auch die Bezugsgebühren zu senden sind. — Telephon: Nr. 4102.

Nr. 37. Auflage 64 000 Chemnitz, Freitag den 15. September 1905. Auflage 64 000 17. Jahrgang.

Differenzen bestehen zwischen dem Unternehmer und Färberei- und Appreturarbeitern in Glauchau-Resene, Gera, Reichenbach i. S., Hofmannwerken in Berlin, Webern und Weberinnen in Reichenbach i. Schl., Hainingen (Hbda), Aresfeld (W. Schröder & Co.), Seilen in Witten (Wolff Meißel, Altenstraße), Hand- schuhmachern in W. S., Kammergarnplündern und Anlegern in Rowawes-Neuendorf, Webern und Seidenwebern in Hainingen im Esch, Baumwollspinnern und -Anlegern in Mühlhausen. In Vorbereitung: Lohnbewegungen der Färberei Elberfeld-Barmens.

**Bekanntmachung.**  
Für die Arbeiten in der Verwaltung der Einzelmitgliedschaft Grimnitzschau hat der Zentralvorstand beschlossen, einen zweiten Kollegen anzustellen. Anfangsgehalt 1200 Mk. Eintritt soll sofort erfolgen.  
Verbandskollegen, welche die erforderlichen organisatorischen und agitatorischen Fähigkeiten haben und auf die Stellung reflektieren, wollen ihre Offerte sofort schriftlich an den Vorstands Carl Süßich, Berlin O. 27, Andreasstraße 61, l. r., gelangen lassen.  
Berlin, den 11. 9. 05. Der Vorstand. Süßich.

**Den Ortsverwaltungen**  
zur Nachricht, daß dieser Tage die neuen Abrechnungs-Verhältnisse verhandelt worden sind. Damit sind die Abrechnungs-Verhältnisse für die Ortsvereine eingeleitet, die mit den alten Abrechnungsformularen nicht mehr zu verwenden sind. Alle Abrechnungen aber, welche der Kassierer auf die mit den Zeitungen zugelandten alten Formulare gemacht hat, sind auf die neuen zu übertragen.  
Der Vorstand. Süßich.

**Ein Gewaltakt schlesischer Textil-industrieller gegen den Textilarbeiterverband.**  
Verbandsmitglieder! Ein brutaler Gewaltstreik wird von den Textilindustriellen in Schlesien gegen die organisierten Textilarbeiter geführt. Wir berichteten schon in der Nummer 31 vom 1. September, daß die Fabrikanten in Reichenbach i. Schl. durch Anschlag bekannt gemacht hatten, daß, wenn es zum Kampf komme, man diesen gegen die Organisation der Arbeiter, und zwar lediglich gegen diese aufnehmen würde.  
Die Webwarenfabrikanten in Reichenbach i. Schl. sind inzwischen von der Drohung zur Tat geschritten.  
In diesen Betrieben ist den organisierten Arbeitern gekündigt. Da in den Betrieben Stillstand besteht — ein Stillstand, der gewöhnlich einige Tage — so erfolgt die Entlassung nicht für alle Arbeiter zu gleicher Zeit. Ein Teil der Arbeiter ist schon entlassen, die anderen folgen in den nächsten Tagen. Die Fabrikanten hatten in den Fabriken Listen zirkulieren lassen, wo sich jeder Arbeiter, sowie die Arbeiterinnen einschreiben sollten, wenn sie nicht im Textilarbeiterverband seien; denjenigen, von denen man wußte, daß sie Mitglieder sind, die man aber nicht gern laufen lassen wollte, wurde angedeutet, sich vom Verbande abzumelden, dann könnten sie in Arbeit bleiben.  
Es kommen für Reichenbach 1800 Personen in Betracht. Davon ist die Hälfte Arbeiterinnen. Die Unorganisierten werden gemeinsame Sache mit den Organisierten machen und die Arbeit gleichfalls niederlegen.  
Was ist denn aber geschehen? Was rechtfertigt diesen Gewaltstreik? Soll er etwa zur Rechtfertigung dienen, daß die Arbeiter der Firma Cohn Webr. sich die fortwährenden Qualereien der Aufsicht nicht mehr länger gefallen lassen wollten und als sie insahen, daß durchgreifende Verbesserungen nicht zu erwarten waren, die Arbeit einstellen? Oder ist es seitens der Fabrikanten schon klar, daß eine Einigung über den Lohnsatz, welcher zum Oktober fertig sein soll, doch nicht erzielt wird, weil die Fabrikanten keine Lohnzahlung geben wollen? Das letztere scheint der wahre Grund der Auspeicherung zu sein; gellingt es, vorher die Organisation zu sprengen, so sind die Forderungen erfüllt und die schlesischen Fabrikanten zahlen ihre Hungerlöhne nach wie vor weiter.  
Man muß die leider nur zu geduldige Arbeiterchaft in Reichenbach sehen haben, um begreifen zu können, wie sie schikaniert worden sein mußte, wenn sie zu dem Mittel des Streiks griff, um bessere Behandlung herbeizuführen.  
Es ist nur zu wünschen, daß ihre Provokation durch die Unternehmer die schlesischen Arbeiter einmal in ihrer Gesamtheit aufsteht. Sollte dies durch die Auspeicherung eintreten — erwarten alle man es lieber — so haben die Unternehmer einmal, wenn um und um etwas Gutes geschehen.  
Die Auspeicherung wird den Arbeitern die Augen öffnen. Sie werden den wahren von den Unternehmern verfolgten Zweck erkennen und werden sich als Arbeiter und Kampfgenossen zusammenschließen.

Die Fabrikanten in Reichenbach haben der Organisation den Krieg erklärt, die Organisation wird den Kampf aufnehmen und mit aller Kraft und Schärfe führen.

Die Textilarbeiterorganisation hat den Kampf nicht gesucht, nicht gewollt, aber sie fürchtet ihn nicht. Textilarbeiter und Arbeiterinnen! Richtet jetzt den Blick nach Schlesien! Es gilt, mit aller Kraft für unsere kämpfenden Brüder und Schwestern einzutreten. Durch Hunger sollen diejenigen mitrabe gemacht werden, die sich noch erdreisten, einer Arbeiterorganisation anzugehören.

Welche Ironie! Die arme schlesische Arbeiterchaft, welche das ganze Jahr am Hungertuche nagt, soll durch Hunger gebändigt werden.

Die Organisation wird aber die kämpfenden Arbeiter nicht im Stich lassen, kein Opfer darf uns zu groß sein!

Der Vorstand hat deshalb die Extrasteuer für männliche Mitglieder von 50 Pf. und für weibliche von 30 Pf. beschlossen und zwar auf die Dauer von 4 Wochen, damit die Unruhen im Kampf nicht ausgeht.

Die Ehre gebietet uns, alles zu tun, was in unsern Kräften steht, und es ist wohl zu erwarten, daß auch nicht ein Mitglied sich weigert, dieses Opfer für die kämpfenden schlesischen Weber und Weberinnen zu bringen.

Im dem Opfermut der Arbeiter müssen die Machthaber der schlesischen Textilmagnaten zerfallen.

Für den Vorstand: Karl Süßich.

Weiter wird uns berichtet:  
Die Situation des Lohnkampfes hat sich in den letzten Tagen zu Gunsten der Streikenden gebessert, indem sich eine Anzahl der Arbeitswilligen den kämpfenden Webern angeschlossen hat. Am Mittwoch voriger Woche wurde die Streikleitung mit einem Schreiben überrascht, welches von dem Verband schlesischer Textilindustrieller ausging und zu einer Verhandlung einladet, welche am Donnerstag derselben Woche, nachmittags 4 Uhr, im „Hotel Schwarzer Adler“ in Reichenbach stattfinden sollte. Obgleich die Streikleitung mit Gaultier Frisch aus neun Personen besteht, sollten nur sechs „Ausflugsmitglieder“ kommen. Die Streikleitung begab sich jedoch vollständig zur festgesetzten Zeit zur Verhandlung; ein Herr Schwerin-Breslau nahm sie in Empfang, die überzähligen Herren sollten sich wieder entfernen. Nach einigen Augenblicken erschien der Ausschuh der Industriellen vollständig, Herr Kommerzienrat Dierig an der Spitze. Sofort wurde festgestellt, daß zwei „Ausflugsmitglieder“ von Seiten der Arbeiter da waren. Die Präsenzliste wurde gelesen, ganz daß aber war der Gesamtzuschuh der Industriellen, als es sich herausstellte, daß der neunte Mann der Gaultier Frisch war. Frisch hat ums Wort und erhielt es auch. Er sagte: „Meine Herren! Sie sind doch heute hier als Vertreter der Organisation erschienen, da ist es doch nicht mehr wie recht und billig, wenn Sie auch den Vertreter der Arbeiterorganisation zum Worte kommen lassen.“ Nach einigem Hin und Her, an dem sich auch die Streik-Kommission lebhaft beteiligte, erklärte Herr Dierig, daß er in Anwesenheit des Herrn Frisch nicht verhandeln werde. Nach dieser kategorischen Erklärung gab es nur zwei Möglichkeiten: entweder Frisch verließ das Lokal und es fanden Verhandlungen statt, oder Frisch und die Streik-Kommission verließen zusammen das Lokal. Frisch erklärte, er trete im Interesse des Friedens zurück. Hierauf wurde Frisch, da er angeblich nicht eingeladen war, wieder eingeladen. Herr Dierig erklärte, er habe vom Industriellenverband die strikte Weisung, nur mit den dort beschäftigten Arbeitern zu verhandeln, da ein Fremder die „Eigenartigkeit“ des Betriebes nicht kenne, da müsse man erst jahrelang dort beschäftigt gewesen sein. — Aber, Herr Kommerzienrat, seit wann sind Sie und die übrigen Herren bei Cohn beschäftigt? Seit wann haben Sie, Herr Dierig, Schwerin usw., die „Eigenarten“ des Cohnschen Betriebes kennen gelernt? Erkläre mir, Graf Derindur, diesen Zweifelpakt der Natur! Ja, ja, Ihr Herren, Ausreden sind billig, nur gut, daß Sie nie daruin verlegen sind. Eigentlich müßte aber doch gleich die Zusammenlegung des unparteilichen Schiedsgerichts auffallen. Es haben in diesem streikenden Betrieb auch die Herren Hüster und Hain aus Reichenbach; bei letzterem war derselbe Lohnsatz eingerichtet worden, den die (Weberbesitzer) nicht bewilligen wollen. Das nennt die Welt ein Schiedsgericht, das unteruchen soll, ob die Forderungen der Weber berechtigt sind! Da hatten Sie den Bod zum Richter bestellt. Es kommt daher garnicht anders sein, als daß diese „Wiederholungsfrage“ die reinste Komödie war. Die Forderung, die auf Aufhebung der Schikane der Arbeiter durch die Aufsicht hingewiesen, soll gestrichelt werden. Der Lohnsatz führt zu weit. Wechselt der Streik nach von den Sozialdemokraten angezettelt worden, nicht um bessere Löhne zu erlangen. Die Arbeit sollte sofort bedingungslos wieder aufgenommen werden. Dieses Ansuchen mußte von der Streik-Kommission abgelehnt werden. Somit endeten die zwiespältigen „Verhandlungen“ katastrophal. Ein Weberbesitzer meinte, daß Cohn allerdings in den letzten

Jahren „fabelhafte Erfolge“ erzielt habe, aber im nächsten Moment hieß es gleich wieder, so laßt nicht fortgehen. Sollte das etwa heißen, daß es mit den „fabelhaften Erfolgen“ nicht so weiter gehen könne? Freilich, die anderen Weberbesitzer könnten auch einmal „fabelhafte Erfolge“ brauchen. Ein Weberbesitzer erzählte, wenn er heute noch mal eine Weberlei in Reichenbach bauen sollte, würde er auf keinen Fall tun, denn man sehe bloß sein Geld zu. Sie können einem leid tun, die armen Weberbesitzer!

Freitag vormittag fand eine Streikversammlung statt, welche vollständig besucht war, in welcher Gaultier Frisch den Bericht über die oben geschilderten Verhandlungen gab. Einstimmig war die Versammlung der Meinung, daß von einer bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit keine Rede sein könne.

Freitag abend fand eine weitere sehr zahlreich besuchte Versammlung statt, welche nur für die Arbeiter der übrigen Betriebe einberufen war. Gaultier Frisch kam auf die Maßnahmen der Unternehmer zu sprechen und forderte auf, je schärfer dieselben durchgehrt würden, desto unverrückbarer an der Organisation festzuhalten und desto größer müsse die Organisation werden.

Bei der Firma Gleicher sei ein Kollege entlassen worden, welcher seit 1880 dort schon beschäftigt war. Das ist der Lohn für 25 jährige treue, fleißige Arbeit. Das alles, weil der Arbeiter sich erlaubt hat, dem Deutschen Textilarbeiterverband anzugehören. Ist das kein Terrorismus? Einem Kuffcher wurde gedroht, wenn seine Frau nicht Streikmachen bei Cohn würde, müsse er, der gar keinen Verband angehört, entlassen werden.

Wie hieß es doch lehrerzeit: „Schwerste Strafe demjenigen, der andere an freiwilliger Arbeit hindert!“ Gemach, Ihr Herren!

So einen starken Zuwachs von Mitgliedern hatten wir noch nie, wie seit Donnerstag. Wenn sie weiter so für uns agitieren wollen, wir haben nichts dagegen.

Die Massenentlassung steht nun bevor, aber nunmehr ist es nicht ausgeschlossen, daß durch die Provokation der Weberbesitzer, die mit einem Schläge die Organisation zerrüttern wollen, in Reichenbach der Generalstreik proklamiert wird. Gerade die bisher Unorganisierten drängen mit den Organisierten, gemeinsame Sache zu machen.

Trotz aller Gewaltmaßnahmen drängt sich jung und alt heran, um Mitglied des Verbandes zu werden. Jeder merkt, was auf dem Spiele steht. Jetzt heißt es: Liegen oder brechen! Nur mit großer Mühe konnte Kollege Frisch die Arbeiter davon abhalten, die Arbeit Sonnabend früh bzw. abend niederzulegen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heute am 8. September in Müllers Lokal stattfindende starkbesuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen aller Webereien Reichenbachs protestiert entschieden gegen die rigorose Handlungsweise der Weberbesitzer, welche friedliche, fleißige Weber und Weberinnen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Deutschen Textilarbeiterverband mahregeln. Die gekündigten Arbeiter versprechen aber, trotzdem die vorstrafsmäßige Rändigung einzuhalten; die Versammelten versprechen ferner, die Organisation, den Zentralverband Deutscher Textilarbeiter, die einzige Schutzwehr im Kampfe ums tägliche Brot, durch massenhaften Zuwachs zu verstärken und demselben für jetzt und alle Zeit treu zu bleiben.“

Gegen 200 Mitglieder wurden für den Verband gewonnen, fortwährend kommen noch neue hinzu.  
Zugang muß streng ferngehalten werden!

## Textilarbeiterbewegung in Kassel.

Die Firma Fröhlich & Wolff, mechanische Segeltuchweberei, hat am 5. September ihre Weber und Weberinnen, sowie Spulerinnen auf das Pflaster geworfen, d. h. ausgesperrt.

Schon seit Jahren bedrängten sich die Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Betriebes über alt eingewurzelte Mißstände. Im Laufe dieses Jahres häuften sich die Beschwerden so, daß die Organisation der Textilarbeiter hierzu Stellung nehmen mußte. Die Firma wurde zunächst, ohne daß die Mißstände in der Öffentlichkeit erdriert wurden, auf diese Mißstände aufmerksam gemacht. Erst nachdem die Organisation auf ihre briefliche Anfrage ohne Antwort gelassen, wurde die Sachlage in öffentlichen Textilarbeiterversammlungen beraten.

Zu einer am 4. August er. anderäumten Versammlung wurde auch die Firma brieflich eingeladen. Jedoch wurde die Einladung von der Firma ignoriert. Von den Mißständen wurde als einer der schwersten die Behandlung der Arbeiterchaft gesehnet. Hervorragendes leistete auf diesem Gebiete der Vorrihter: Wille, in Wählerhausen wohnhaft. Die vornehmste Aufgabe dieses Mannes bestand darin, die Arbeiter zu strafen und auf dem Kontor über sie zu „berichten“. Es kam hinzu, daß dieser Mann seiner Aufgabe, das Vorrihten der Stühle und Instandhalten derselben nach der Weberzeugung der Arbeiter nicht gewachsen war. Die Weber mußten in vielen Fällen die Arbeit des Vorrihters verrichten, wenn sie nicht eine Lohnelnde erliden wollten. Die Verhältnisse spitzten sich immer mehr zu infolge des Verhaltens des Herrn Wille. Die Mahreglung eines Arbeiters schlug dem Falle den Boden aus. Die Arbeiterchaft wurde auf das höchste erbittert. Eins am 30. August abgehaltene Versammlung wählte eine



Kommission, welche mit dem Firmeninhaber in Verhandlung treten sollte. Dies geschah auch, indem die Kommission am Mittwoch vorher Woche mit Herrn Fröhlich die Verhandlung ausnahm und zunächst die Wahrgang zum Gegenstand der Verhandlung machte. Eine Einigung konnte nur, weil Herr Direktor Schult verwehrt war, nicht erzielt werden, jedoch sollte die Mündigung bis zur Ankunft desselben ruhen. Die Mündigung des Gemahregellen ist am Freitag ab. Doch schon am Freitag morgen wählte die Arbeiterkassette aus werksfähiger Quelle, dass Herr Schult da sei. Jedoch für die Arbeit ist und die Kommission blieb derselbe bis 11 Uhr abends vollständig unzufrieden. Um 10 Uhr abends erhielt der Gemahregelle vom Fabrikbesitzer den Bescheid, dass er seine Arbeit ableiern sollte, weil seine Zeit um sei. Der Verbleibende ging ins Kontor und fragte, ob das seine Arbeitszeit habe. Dort wurde ihm gesagt, er solle weiter arbeiten, Herr Schult sei noch nicht da. Raum war er an seiner Arbeit, so wurden die Kommission und der Gemahregelle zur Verhandlung geholt.

Das Resultat der Verhandlung war, dass die Firma ihre Mündigung aufrecht hielt. Willkürliche hatte die Arbeiterkassette, weil sich die Verhandlung bis nach Feierabend hingezogen, die Arbeit verlassen. Der Gemahregelle wurde also nach Feierabend entlassen. Sonnabend vormittag stand die Arbeiterkassette vor der Tatsache der Entlassung ihres Kollegen. Nach der übereinstimmenden Überzeugung der Arbeiterkassette war die Entlassung ungerecht und auf den vorrichtigen Willen zurückzuführen. Die Erregung war unbeschreiblich. Die Begründung der Entlassung ging dahin: Der Gemahregelle hätte bei einer Gelegenheit dem Direktor Schult gesagt: „Er solle ihm anständig kommen.“ Von so einem jungen Manne ist man er sich nicht leisten lassen. Diese Begründung erschien den Arbeitern ungenügend, denn der geschilderte Fall lag weit jenseits; die Mündigung wäre gewiss der Szene auf dem Tische gefolgt.

Während der Verhandlungen ließ, um ihr Einverständnis mit der Kommission zu dokumentieren, die Arbeiterkassette die Arbeit einstellen. Nach Rückkehr der Kommission wurde dann die Arbeit einstimmig immer wieder aufgenommen.

Doch während nun die Kommission verhandelte, stritzte Herr Schult in den Wechsel und schrieb unter heftigen Gestikulativen die Arbeiterkassette mit den Worten an: „Himmelstempel! Beschlechte Hundel! Wer nicht arbeiten will! — Arrrrraus! Arrrrraus!“ Damit packte er Mädchen sowohl als auch Männer am Arme. „Arrrrraus!“ so wie er in einem fert. Der Erfolg war, dass die gesamte Belegschaft die Arbeit verließ. Es blieb ihr auch kein anderer Weg, wollte sie sich nicht Tölpelheiten aussetzen. Nachdem dann Herr Schult in das Kontor, wo die Verhandlung mit Herrn Fröhlich stattfand, und meldete, dass der ganze Betrieb stille. Hierauf erklärte Herr Fröhlich der Kommission: „Dann habe ich Ihnen nichts mehr zu sagen.“ Damit war die Verhandlung abgebrochen und die Arbeiterkassette auf Mäcker geworfen.

Aus dieser Darstellung ergibt sich unzweifelhaft, dass die Arbeiterkassette durch das Anstreben der Direktion in den Kampf hineingetrieben worden ist. Zu den Forderungen der Belegschaft gehörte auch das Verlangen nach einem Lohnstarif. Herr Schult erklärte in der Freitagversammlung: „Ich habe den Gewerbe-Inspektor gefragt, wie ich ein derartiges Buch mit 4000 Nummern an die Wand bringen sollte, der hat einfach dazu gelehrt.“ Die Organisation hat brieflich beim Gewerbe-Inspektor Weibel angefragt, ob dieses den Tatsachen entspricht.

Die Ausperrung wurde jedoch wider Erwarten schon am Donnerstag den 7. September beendet und die Arbeit wieder aufgenommen. Zur raschen Beilegung des Konflikts hat das Entgegenkommen des Herrn Fröhlich wesentlich beigetragen. Auf telefonische Anfrage am Dienstag erklärte Herr Fröhlich, dass er mit dem Arbeiterausschuss am Mittwoch vorläufig unterhandeln wolle. Dagegen lehnte er eine Verhandlung mit dem Blauwerkenden der Textilarbeiterorganisation ab. Die Organisation reichte darauf durch den Arbeiterausschuss folgende Forderungen ein: 1. Wiedererrichtung des Gemahregellen. 2. Enthebung des Vorrichters Willkür von seinem Posten. 3. Anständige Behandlung. 4. Festsetzung des Strafsystems. 5. Wöchentliche Lohnzahlung. 6. 10 Proz. Lohn-erhöhung für die Spulerrinnen. 7. Einführung des Lohnstarifs nach vorgelagtem Schema. 8. Festsetzung des Maschinenpumptens während der Mittagspause. 9. Verlegung der Pausen vom Abend nach dem Schlusse der Mittagspause. 10. Herausgabe der Lohnbücher an die Arbeiterkassette einen Tag vor der Lohnung. 11. Angabe der Länge des Stücks aus der Weblarie. 12. Wahrgelungen dürfen nicht stattfinden. Die Verhandlung ging glatt von statten. Punkt 1 wurde stillschweigend abgelehnt; Punkt 2 ohne Umstände, dass darüber eine Verhandlung unnötig wäre; zu Punkt 4, betreffend Verlegung des Strafsystems, ist von Herrn Fröhlich der Vorschlag gemacht worden, dass bei Beanspruchung zwei Leute von Arbeiterausschuss und zwei Leute von Meßern oder Magaziniers gewählt werden und in streitigen Fällen die Entscheidung Herrn Fröhlich überlassen bleibt; Punkt 5 wurde ohne weiteres genehmigt; Punkt 6 wurde zugesagt; Punkt 7 wurde zugesagt; Punkte 8 und 9 wurden in zufriedenstellender Weise erledigt. Die Punkte 10, 11 und 12 wurden ohne weiteres genehmigt. Die im Anschluss an die Verhandlung stattgefundene Belegschaftsversammlung unterzog die gemachten Vorschläge einer eingehenden Diskussion. Nachdem der Gemahregelle erklärt hatte, dass er auf eine Wiedererrichtung verzichte, akzeptierte die Versammlung die gemachten Vorschläge bis auf die Punkte 6 und 7, über die die Verhandlungen durch den Arbeiterausschuss bis zur endgültigen Herstellung und zum Ansehen der Tarife fortgeführt werden müssen. Nachdem hat Herr Fröhlich sich noch bereit erklärt, den Vorrichters Willkür ganz aus dem Bereiche der Weber und Weberinnen zu nehmen, sowie sich bei der Vöhrung in Anrechnung zu bringen. Damit sind die Wünsche der Arbeiter und Arbeiterinnen erfüllt, und der Kampf nach zweltägiger Dauer beendet. Man kann also auch anders.

## Mitteilungen aus Fachreisen.

Bacholt. Sonntag den 17. September findet im Vereinslokale das Gewerkschaftsfest der hiesigen freien Gewerkschaften statt. Wir erlauben die Kollegen, dafür zu sorgen, dass das Fest, welches das erste hier in Bacholt ist, recht zahlreich besucht wird, und alles aufzubieten, dass das feste würdevoll verläuft. Welche Mittel unsere frommen Brüder in Christus nun, nachdem sie leben, dass alle ihre Tugendstreife es nicht vernachlässigen, uns auf die Straße zu sehen, anwenden, zeigt folgender Fall. Ein gewisser van Als, christlicher Gewerkschafter, erklärte in einer Bauhandwerker-Versammlung: „Im Lokale des Herrn Ranne hängt im Innern eines Saals ein Bild mit folgender Aufschrift: 'Nieder mit dem Papst, fort mit der Weltlichkeit!'“ So agitieren unsere Gegner in dem frommen Bacholt, um den Wert, welcher sein Lokal zur Verfügung steht, am Geldbeutel zu schädigen. Drum, Kollegen, verachtet eure Großgen nur bei Ranne! Gustraden. Samstag den 9. September fand bei Des Hermanns unsere Mitgliedsversammlung statt, welche selber nur einen schwachen Besuch aufzuweisen hatte. Kollege Franz gab den Situationsbericht, an den sich eine lebhaft Debattte schloß. Unter anderem wurde das Verleihen eines Fabrikanten, seinen Weibern das Ansehen der Kette nicht mehr zu bezahlen, einer scharfen Kritik unterzogen. Man war allgemein der Ansicht, dass die geplante Lohnreduzierung als Verleumdung gelten sollte. Nach die betr. Belegschaft dies ruhig hin, so warden die übrigen Textilfabrikanten dem Beispiel ihres Vorgängers bald gefolgt. Damit der Einmütigkeit der Belegschaft unterließ jedoch die angebotene Lohnreduktion, nachdem der Fabrikant sich vorstellig geworden war. Eben-

falls einen Erfolg hatten die Kollegen der Firma Don. Balg Ww. (Inhaber Jacob Heinsch), dort würden die Kollegen bisher immer auf sich selbst verlassen, während hier doch sonst allgemein die 1000 Stühle berechnung üblich ist. Nachdem die Kollegen dieserhalb vorstellig geworden, bequeme ist der Chef denn auch dazu, die Vorkasse zu zahlen, die auch anderswo üblich sind. Man ersieht aus vorstehendem wieder deutlich, dass es Vorkasse ist, wenn die hiesigen Wäcker behaupten, für das heimliche Zeitgehebe sei die Kasse glücklich wieder hergestellt. Überall gibt es und droht es, und wenn von einer Kasse die Rede sein kann, dann ist es nur eine Kasse. In ihrem Ungenügen über ihre Niederlage im Frühjahr luden die hiesigen Textilbarone sich an ihren Arbeitern durch allerlei Schikanierungen u. dergl. zu rächen. Doch die Herren mögen bedenken, dass man sich leicht verbrennen kann, wenn man mit dem Feuer spielt. Schlagarbeiter und kampfeswilliger denn je steht das hiesige Textilproletariat Schulter an Schulter. Das mögen sich die hiesigen Unternehmer gesagt sein lassen. Daran ändert ihr zeitweiliger „Wille“ und ihr Gopelster nichts. Die Zeiten, wo das der Fall war, sind für Quälreden endgültig vorbei. — Sodann beschloß die Versammlung noch die Einführung des Verkäufersmännersystems sowie die Abhaltung eines Stiftungsfestes, verbunden mit Ball, am Sonntag den 1. Oktober. Der Arbeiterkongress „Vora“ wird zur Verhinderung des Festes mit beitragen. Nachdem unter „Werkzeuher“ noch einige interie Angelegenheiten erledigt worden waren, wurde die Versammlung um 11 1/2 Uhr geschlossen.

Güterlosh. Eine öffentliche Textilarbeiter-Versammlung, einberufen von Seiten des Deutschen Textilarbeiter-Vereins, fand am Dienstag den 20. August im Lokale des Herrn Hummerheim hier selbst statt. Gausleiter Wilhelm Kührig aus Barmen referierte über das Thema: „Was lehrt uns die schiffschiffbrüderliche Fährdenausperrung“. Redner besprach auch die Folgen der Handelsverträge für die Arbeiterkassette und zeigte, wie unzureichend unsere so viel gelobte Versicherungsgesetzgebung noch sei. Mit der Unterstützung, den gewerkschaftlichen Organisationen beizutreten, schloß Redner seinen beifällig aufgenommenen Vortrag. In der darauffolgenden Diskussion, die zeitweise sehr stürmisch verlief, beteiligten sich die der christlichen Organisation angehörenden Textilarbeiter Schürmann und Ruchenroth. Während Schürmann der Vortrag zu politisch angestrichen war, hielt es Ruchenroth für notwendig, ganz nach christlicher Manier die alten Leidenhüter aufzuwickeln. Da wurde gewettert auf die religionslosen, sozialdemokratisch verfeindeten Gewerkschaften, die nur dazu da wären, die Arbeiter zu Sozialdemokraten zu erziehen. Auch Singer mit seinen Mähmächen muhte wieder mal herhalten. Auch der plüßliche Wöhrsch des Crimmitschauer Streiks schien ihm wie ein Stein auf dem Herzen zu liegen. Ja, sogar August Weibel soll mal gesagt haben, man müsse so hohe Forderungen stellen, dass sie unannehmbar wären, nur um die Leute unzufrieden zu machen. Ja, ja, was sich die Christlichen doch nicht alles ausbilden lassen. Es hieße den Christlichen zu viel Ehre antun, wollten man auf all ihren Schwundel und Unverständnis eingehen. Konstatieren wollen wir nur noch, dass dieser christliche Nischenstroh den traurigen Wüt hatte, die Zentrumspartei in Schutz zu nehmen, eine Partei also, die mit dafür gesorgt hat, dass der Arbeiterkassette die Lebensmittel verweigert werden. Kollege Wöhrig ließ es sich selbstverständlich nicht nehmen, die Ausführungen der Christlichen einer gründlichen Rektion zu unterziehen. Unter großer Heiterkeit legte er den Gegnern dar, dass die Christlichen alle Ursache hätten, vor ihrer eigenen Türe zu stehen. Mit der Mahnung an die Christlichen, erst den Balken aus ihrem Auge zu entfernen, schloß Redner seine Ausführungen. Diese schienen den Christlichen nicht gut bekommen zu sein, denn Ruchenroth zog es vor, nachdem er zum zweiten Male gesprochen hatte, mit vier oder fünf getreuen Knappen zu verschwinden, seinen Freund Schürmann im Stiche lassend. Auf eine Aufforderung seitens der Christlichen, doch ihre Versammlungen zwecks Aussprache zu besuchen, wurde unsererseits erwidert, dass wir nur unter Zusage der christlichen Organisation ihre Versammlungen besuchen würden. Mit dem Verlaufe der Versammlung können wir zufrieden sein. Nun noch ein Wort über die alte „Güterlosh“ Zeitung“, die nämlich in sehr christlich-konservativer Weise über die Versammlung berichtet hat. Nach Ansicht dieses Wintoblatte sind die freien Gewerkschaften von den Christlichen vollständig vernichtet! In dem Artikel wird eine Aeußerung der Christlichen wiedergegeben, wonach die Arbeiter eines sozialdemokratischen Textilunternehmers in Herford viel schlechter gestellt seien, als in Güterlosh (gemeint ist Schönsfeld). Schönsfeld ist aber noch nie Sozialdemokrat gewesen, er ist nur für den sozialdemokratischen Kandidaten, als das kleinere Übel, in der Stichwahl eingetreten. Ferner wird versucht, die christlichen Organisationen von dem Streikbunde in Köln reinzuwaschen. Weiter heißt es in dem Artikel: „Ein Dorn im Auge ist den freien Gewerkschaften auch das verständnisvolle Eingehen hiesiger Arbeitgeber auf soziale Fragen“. Das versteht, wer kann. Hat der Artikelredakteur damit vielleicht die zwölfteilige Arbeitszeit bei Schreys & Glitz gemeint, oder die lächerlichen Löhne in den Webereten? Doch halt, vielleicht hat er an die 50 Wt. gedacht, die Herr Bartels zum Fonds für die Bekämpfung der Sozialdemokratie gestiftet hat. Vielleicht gibt uns der Schreiber näheren Aufschluß. Welcher Organisation die „Masse vom Geschie“ gerissen ist“, das Urteil überlassen wir getrost denjenigen, die der Versammlung beigewohnt haben. Eine pure Heuchelei ist es, wenn zum Schluß geschrieben wird, dass ein heftiger Widerspruch aus Arbeitertreffen in der Versammlung, aus Kreisen, die eine Verantwortung kennen vor Gott und Menschen“, hervorgerufen wäre, der hoffen lasse, dass die gutgesinnten Arbeiter nichts von den freien Gewerkschaften wissen wollen. Nun, die alte „Güterlosh“ Zeitung“ muß sich schon mit der Tatsache abfinden, dass die freien Gewerkschaften hier selbst in der besten Entwicklung sind, und dass in Bezug auf die christlichen Organisationen sich immer mehr die Ansicht Bahn greift, dass sie nur ein trauriges Gedendblatt in der deutschen Gewerkschaftsbewegung bilden. Das christlich-soziale Unternehmertum „Der Ravensberger“ bringt denselben die Tatsachen entstellend Bericht. Das dieses „christliche“ Blatt den „christlichen“ Arbeitererrat in Köln gut heißt, kennzeichnet so das Christentum dieser christlichen Rammontenplender, dass jedem wirklich christlich gesinnten Arbeiter die Schandbe aus Gesicht fliegen muß, wenn er noch länger hinter diesen Verdrägen der Arbeiter herläuft. Die Propagierung des Arbeitererrats muß doch jedem Arbeiter klar machen, dass die christlichen Gewerkschaften nur dazu da sein sollen, um die Geschäfte des Unternehmertums zu belangen, und dass es Selbstmord ist, wenn sich christliche Arbeiter für derartige Streikbrecherorganisationen einspannen lassen. Sinein in die freie Gewerkschaft, wenn ihr eure traurige Lage verbessern wollt!

Weerane. Die Lage der Arbeiter in der Weeraner Textilindustrie. Die Unternehmerpresse schildert die Lage der Weeraner Damenstoffbranche in rosigem Farben. Auf die Fabrikanten mag es gewiß zutreffen, dass die gegenwärtige Zeit recht gewinnbringend ist. Die Betriebe sind voll beschäftigt und es hat den Anschein, als sei augenblicklich die Nachfrage nach Textilarbeiten größer als das Angebot. Da sollte man auch meinen, der Verdienst der Arbeiter müsse ein blühender Geschäftsgang entsprechend guter, oder wollen wir sagen, doch besser sein als sonst. Doch seltsamerweise! Die Wochenverdienste sind erdarmlich niedrige. Die Stoffe, die jetzt hergestellt werden, sind meist sehr komplizierter Art. Es werden in den Weeraner Betrieben hauptsächlich Wollstoffe und zum Teil auch Wollstoffe gefertigt. Die dazu verwendeten Garne sind schwerer zu verarbeiten als solche von einfacheren Sorten. Die Arbeiter dieser Fabrikarbeiten sind sehr sorgfältig. Bei der anhaltenden Wollmode werden die Ansprüche natürlich noch mehr gesteigert.

Während selber zu Kostümen mehr einfache glatte Stoffe getragen wurden, ist die gegenwärtige Mode den bunten, hauptsächlich großfarbigen Mustern zugeneigt; wie sich ja überhaupt seit einigen Jahren ein gewisser Kompromiß zwischen Herren- und Damenmode in Strick- und Promenadenabgerode bemerkbar gemacht hat. Diese Kostümfstoffe erfordern ebenfalls mehr Aufmerksamkeit und Zeit. So sehen wir, dass an die Arbeiter immer höhere Anforderungen gestellt werden. Dagegen wäre selbstverständlich nichts einzuwenden, wenn die Arbeit den Leistungen entsprechend bezahlt würde. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Wir in ganz seltenen Fällen lassen sich die Fabrikanten bewegen, Zulagen zu gewähren. Sie hatten sich an den beim Weberstreik verabschiedeten Tarif und damit Pünktum. Sie bewiesen damit den Arbeitern, dass dieselben sich jede geringe Lohnaufbesserung durch die Macht ihrer Organisation erzwingen müssen. Es gibt nichts auf friedliche Weise, es muß um alles gekämpft werden. Darüber, ob das schließlich im Interesse der Industrie liegt, mögen die Herren Fabrikanten gründlich nachdenken. Aus dem Verhalten können die Arbeiter die Lehre ziehen, wie sehr notwendig es ist, an dem Ausbau und der Kräftigung ihrer Organisation energisch weiter zu arbeiten. Die materielle Lage der Textilarbeiter ist also trotz anhaltend gutem Geschäftsgang eine schlechte. Mit länger Sorge sehen sie der Zukunft entgegen. Können sie schon bei mäßigeren Preisen nur ungenügende Nahrung zu sich nehmen, so sind die gegenwärtigen Preise für sie unerträglich. Die Preisverfalls folgen, diesen folgen die Preise für Butter und Brot. Die Kartoffeln werden infolge der kalten Witterung schlecht und damit ebenfalls teuer. Wenn der Verdienst zu Fleisch und Brot nicht ausreicht, dann muß der arme Mann seine Zuflucht zu den Kartoffeln nehmen. Diese müssen gekauft werden, ob sie gut sind oder schlecht; denn auch die Preise für Gemüsesorten sind hoch. Die Folge ist Entkräftung infolge ungenügender Erregung der verdauenden Kräfte und Magen- und Darmkrankungen und Allgemeinerkrankungen. Gerade diejenigen, die in rastloser Arbeit für das Wohlergehen anderer sorgen und schaffen, hungern und darben, verfallen dem Sclatum. Ster Wandel zu schaffen ist heilige Menschenpflicht, die zu erfüllen nur dem Massenbewußten Proletariat gelingen wird. Unserer Zeit will nichts mehr wissen von Harmonie der Interessen. Kampf will man haben und dräben! Unser Zeitalter erfordert den Klassenkampf. Die Klasse, die sich am besten rüht, wird siegen. Die besten Waffen des proletarischen Klassenkampfes sind unsere Presse und unsere Organisationen. Durch unsere Presse betreiben wir die Propaganda für die Ziele unserer Partei, durch unsere Organisationen schaffen wir uns die Kämpferscharen, die wie dem Feinde entgegenstellen.

Wollweber. Wohl in keinem Orte des Herzogtums ist die Arbeit der Arbeiterinnen so unbedeutend wie hier in der Web-, Porzellan- und Holzindustrie. Die Arbeiterinnen ziehen von einer Industrie zur andern. Von solch einem wechselseitigen Arbeitsverhältnis hat der Arbeiter keinen Nutzen, im Gegenteil nur Schaden. Der Unternehmer glaubt aus der flüchtigen Nachfrage nach Arbeit entnehmen zu können, dass es wohl bei ihm an ausbittlichsten sein müsse. Die Arbeiterinnen müssen bei dem niedrigen Verdienst sich in ihrer Bewegung im öffentlichen Leben einschränken und die Folge davon ist, dass sie allen Idealen gegenüber stumpfsinnig bleiben. Ihr erster Arbeitsplatz ist meist in der mechanischen Weberei, in welcher sie nur kurze Zeit im hohen Lohn schaffen. Da dieser Lohn für die hiesigen Verhältnisse keineswegs befriedigend ist, lassen sie sich durch die Annoncen der Porzellanfabrik locken, in diesem ungesunden Betriebe Stellung zu nehmen. In der Annonce wird ihnen lohnende Beschäftigung zugesichert. Sie müssen aber in kurzer Zeit die Wahrnehmung machen, dass sich ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht verbessert, sondern verschlechtert haben. Die Porzellanfabrik bezahlt von allen Fabrikbetrieben am Orte den niedrigsten Lohn. Deshalb mögen hauptsächlich die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen jedes Jahr und Winter erwägen, bevor sie in diesem Industriezweig Beschäftigung nehmen. In der Porzellanbranche wird auch infolge der intensiven Staubeinwirkung und bei der langen Arbeitszeit in den dunkigen Räumen die noch ganz entwickelte Lunge der jugendlichen Arbeiter in ihrer Tätigkeit sehr beeinträchtigt. Dadurch wird den Leuten frühzeitig der Keim zur Tuberkulose eingeimpft. Sie sehen sich aus vorgenannten Gründen gezwungen, das Arbeitsverhältnis wieder zu lösen. Um sich wieder ein Auskommen zu verschaffen, gleichen sie auf's Land als Dienstboten oder gehen zur dritten Industrie, zur Holzindustrie über. Dort treffen sie die nämlichen Verhältnisse an wie in den vorgenannten Branchen. Aus Ungeheueren können die Arbeiterinnen erfahren, dass sie durch den Wechsel ihre Lebenslage keineswegs verbessern. Wollen sie das, müssen sie der Gewerkschaftsorganisation beitreten und mit Hilfe dieser eine bessere Lebensstellung herbeizuführen suchen. Die Bestrebungen der drei Gewerkschaften am Orte gehen dahin, mit vorgenannten Arbeitsständen aufzuräumen und bitten alle Organisations, ihnen dabei hilfreich die Hand zu bieten.

Wollweber. Nachdem in Sachen der Lohnbewegung der Weberarbeiter in letzter Zeit mehrfach Forderungen gestellt worden, die alle in dem Resultate ausließen, bis zur Bewilligung der gestellten gerechten Forderungen in Einigkeit und geschlossenen Vorzugehen und nachdem man selbst an fahrender Stelle mit allen Möglichkeiten einer Arbeitsstellenstellung gerechnet hatte, scheint infolgedessen zum Vorteil beider Interessen eine Verständigung und Einigung Weg greifen zu wollen; als die Geschäftsleitung nicht nur den gemahregelten Weber Arbeiter wieder einstellte, sondern auch zu den Lohnforderungen die weitgehenden Zusagen machte. Auch auf Seiten der Arbeiter wurden Vermittlungsvorschläge ausgebreitet, indem die Forderung, welche sich der Belegschaft sowohl als auch der Fabrikbesitzer bemächtigt hatte, sich wohl nichtig etwas legen dürfte. Wenn auch zugegeben werden muß, dass die zur endgültigen Bewilligung des Geforderten dann und wann noch eine kleine Attacke sich zeigen wird, so ist nach den Wahrnehmungen der letzten Tage doch das Weiberte vorüber worden. Jeder eins können sich die Arbeiter aber schwer beruhigen, und das ist das Verhalten des Studienrat Clemen. Er tut uns leid, dass die Sache angeknüpft werden muß. Aber wenn es das Direktorium nicht ganz energisch zu ruhigen und besonnenem Auftreten anhält, dann kann es kommen, dass die gescheit Weberarbeiter eines Tages sagen: „Entweder wir oder der!“ Im Interesse des gemeinlichen Friedens möchte man hieraus keine Lehren ziehen.

Wollweber (D. Sch.). Am 2. d. Mts. fand hier die monatliche Zusammenkunft unserer Zählstelle statt, welche vom Bevollmächtigten, Kollegen Räder, geleitet wurde und ziemlich gut besucht war. Als erster Punkt der Tagesordnung war wiederum die Beratung über die vom Zentralvorstand beschlossene, als vier Wochen bestimmte Beitragserhöhung gefehlt, daran Notwendigkeit den Anwesenden vom Kollegen Räder — zumal angeführt des in dem uns nahe angehenden Reichsbacher Strahl, der zwischen uns gebrochen ist — vor Augen geführt wurde, worüber sich eine sehr eingehende rege Debatte entspann, an welcher sich vorzugsweise die Kollegen Wölkel, Sanisch, Langer, Schindler, Rieger, Räder und verschiedene andere beteiligten. Das Resultat dieser ausführlichen Debatte war, dass der Verband jedem Mitglied doch diese Maßregelung wert sein möchte, daß fernerst bei der Entlastung mit möglicher Schonung vorzugehen sei und die in diesem Quartal beigetragenen Mitglieder von dieser Beitragserhöhung zu erlösen seien, um dieselben nicht von weiteren abzuhalten. Dergleichen wurde vom Kollegen Sanisch in ähnlicher Ausdrucksweise besprochen, (da die Zählstelle einen Beitragsträger von 5 Wt. pro Mitglied und Woche anmündigen sollte, dann derartige unvorhergesehene Verringerungen aus dem Vorkommen gebend und auch andere Unterstützungsgelungen an Verbaner möglichste ohne die bisher üblichen und oft zu Unannehmlichkeiten



führenden Sammelstellen-Betriebe geboten werden könnten. Dieser Antrag wurde die weitgehendste Sympathie entgegengebracht, doch eine dahingehende Beschlusfassung vorläufig ausgesetzt, dafür aber der vom Kollegen W. Bittel gestellte Antrag: die bisher aus dem Fonds geleisteten Unterstellungen auf das Mindestmaß zu beschränken, angenommen. An die Kollegen und Kolleginnen, die es vorgezogen haben, sich an der Veräußerung dieser Beschlüsse nicht zu beteiligen, ergeht hiermit das dringende Ersuchen, diesen Beschlüssen, die im Interesse jedes einzelnen Mitgliedes im besonderen und des Verbands im allgemeinen gefaßt wurden, die ihnen gebührende Beachtung zu schenken und dem Kassierer die Beschlüsse einbringen zu erwirken, künftighin aber an der in Aussicht stehenden Beschlusfassung sich allseitig zu beteiligen. Unter „Verschiedenes“ wurden interne Angelegenheiten erledigt.

**Redaktionszungen.** Vor nicht allzulanger Zeit ist von verschiedenen billigen Tagesblättern die Nachricht in die Welt hinausposaunt worden, daß sich Herr Kommerzienrat Melchior entschlossen hätte, in Redaktionszungen ein Elektricitätswerk zu errichten, die Gemeinde resp. deren Straßen kostenlos mit elektrischem Licht zu versehen und dieses auch zu einem geringen Preise an die Einwohner abzugeben. Gewiß, ein ganz vernünftiger Gedanke! Aber die Redakteure des Herrn lagen über äußerst niedrige Löhne und eine überaus schlechte Behandlung seitens des Herrn Dremmestras. Allen Anschein nach ist die Sache bis auf die Spitze getrieben worden, denn sonst wäre wohl der Andrang zu den öffentlichen Textilarbeiterversammlungen, welche in letzter Zeit abgehalten wurden und in welchen Kollege Krählig, Wiltmann und Kollege Leuzner-Möhlungen referierten, kein so großer gewesen. Wir konnten in verhältnismäßig kurzer Zeit eine stattliche Filiale von circa 140 Mitgliedern gründen. Die Arbeiter genannter Firma reichten nun, gestützt auf ihre Organisation, beschiedene Forderungen ein, und glaubten — angesichts der Zuverlässigkeit des Herrn Melchior der Gemeinde Redaktionszungen gegenüber — auch in Bezug auf ihre Forderungen guter Hoffnung sein zu dürfen. Aber sie sollten bald eines andern belehrt werden. Der splendide Herr Melchior lehnte alle Forderungen rundweg ab mit der Motivierung, daß bei Annahme dieser Forderungen sein Betrieb nicht mehr konkurrenzfähig sei. Kollege Krählig wurde von den Arbeitern dieser Firma beauftragt, in dieser Sache zu vermitteln, aber der Name Krählig wirkte auf die Betriebsleitung, daß diese schon von weitem mit anglistischer Gedärts abwich. Auch der Gewerkeinspektion wurde abgemittelt. Die Unzufriedenheit der Arbeiter stieg aufs Höchste, als Herr Melchior zwei Familienväter, darunter einen mit vier Kindern, die Kündigung erteilte, weil dieselben im Verdachte standen, die übrigen Arbeiter auszuwickeln. Ob ein solches Verhalten mit der vielgepriesenen christlichen Nächstenliebe vereinbar ist, lassen wir dahingestellt. Eine am 20. August abgehaltene öffentliche Textilarbeiterversammlung, in welcher Kollege Krählig wieder zugegen war, hatte sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Folgende vom Redner vorgeschlagene Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen: „Die heutige öffentliche Textilarbeiterversammlung in Redaktionszungen erklärt sich mit den Ausführungen des Gauleiters, Kollegen Krählig, vollständig einverstanden. Sie protestiert mit aller Schärfe gegen den Terrorismus des Kommerzienrats Melchior, der zwei Familienväter das Brot entzog, die weiter nichts getan, als ihr staatsbürgerliches Recht der Reaktion ausgeübt haben. Am diese Umarmung der Firma gebührend zurückzuführen zu können, beschließt die Versammlung: Der Gauleiter wird beauftragt, alsbald an den in Betracht kommenden Orten Schrift einzulassen, die zur erfolgreichen Zurückweisung dieses Unternehmerrassismus erforderlich sind. Die Versammlung verspricht, ebenfalls für den besten Ausbau der Organisation Sorge zu tragen.“

**Offenbach.** Eine gutbesuchte öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung tagte am Mittwoch den 8. September im „Gewerkschaftshaus“. Es wurde Aussprache über die Stellung des Streikfonds und trat die Versammlung der Ansicht bei, daß eine Erhöhung der Beiträge um 20 bezw. 10 Pf. pro Mitglied auf die Dauer von 4 Wochen nötig sei. Dann wurden Zustände bei der Firma Sal. S. Goldschmidt erörtert, die Entlassung erregten. Es wurde schon lange gemurmelt, daß dieser Firma die Organisation ein Dorn im Auge sei, obgleich sie einen Weiskämfer in ihrer Fabrik hat, der vor dem Antritt dieser Stellung die höchsten Elemente des Posamentier-Verbandes zur größten Zufriedenheit beselben verwaltete. Vor etwa Jahresfrist nun wurde einem Kollegen, der zugleich Kassierer war, gekündigt. Grund: Mangel an Arbeit. Gleich kam ein anderer an dessen Stelle, der einen geringeren Lohn bekam. Vor kurzer Zeit wurde wiederum einem Kollegen, unserer jetzigen Kassierer, nebst dessen Frau gekündigt, obgleich dieser vor seiner Militärzeit schon mehrere Jahre im Geschäft tätig war und nach Beendigung dieser Pflicht seinen alten Platz einnehmen konnte. Auch hier war kein schlagender Grund vorhanden, um die Entlassung zu rechtfertigen. Am letzten Samstag wurde dem dritten verheirateten Kollegen gekündigt, natürlich wegen Mangel an Arbeit, trotzdem er vor fünf Wochen selbst die Arbeitstelle hatte ausgeben wollen. Der Verwunderung über diese unerklärlichen Ereignisse machte der Werkführer der Maschinenwerkstatt ein Ende, indem er erklärte, es kämen noch mehr heraus, denn er wolle Ruhe haben, deshalb müßten die Verbändler ihn aus dieser Werkstätte müde vor mehreren Jahren aus unserer Organisation ausgeschlossen werden, weil er die Beiträge nicht erwünschten konnte; auch hat ihn eine Konkurrenzfirma entlassen, weil er sich mit den Kollegen nicht vertrat. Mit diesem „Bühler“ scheint die Firma sehr zufrieden zu sein, ob zu ihrem dauernden und materiellen Vorteil wird sich wohl noch erweisen. Im vorigen Jahre feierte die Firma ihr 25jähriges Geschäftsjubiläum und wurde damals noch das gute Einvernehmen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den höchsten Tönen gesungen, sobald sogar ein auch Arbeiter mit der Schlichtheit eines Fisches einem Teilhaber der Firma die Erklärung abgab, er wäre keiner von „den Sozialdemokraten wie die Aumer“, wobei dieser dann ein verständnisvolles Lächeln erteilte. Wie man nun sieht, ist es mit diesem Harmoniebusel nichts, die Firma will „Herr im Hause“ sein und nur „zurückgebende Arbeiter“, wie die paar Minoritätisten, die ihren Mangel an Kenntnissen dadurch aufzubessern suchen, daß sie den Zuträger machen. Insbesondere lag das Wohl und Wehe des Geschäftes einem gelehrten Schneider am Herzen, und so zog er sich schließlich an im Gehrod, welcher Weste, Zymler und Handschuhen trat er mit seiner Ehefrau, die Billetkarte in der Hand, den heiligen Gang um das Aulien bei dem Herrn an, um ihm gar beweglich die „Händchen“ Taten seiner Mitarbeiter vorzutragen. Diese und andere Mitteilungen wurden mit Recht mit Bedauern aufgenommen. Mit Bedauern für den Arbeiter, der durch seine Handlungsweise das Ansehen der Kollegen verfehrt und mit Bedauern für den Arbeitgeber, der solchen Angeber nicht entließ die Türe weit und lieber mit seinen Arbeitern und Arbeiterinnen offen und ehrlich verkehrte. Mehrere andere Beschwerden wurden der nächsten Versammlung überlassen. Die Versammlung waren einmütig der Ansicht, daß diese Vorgänge ein die Öffentlichkeit gebracht werden müssen und dem Vorstandsvorstand Kenntnis davon zu geben sei, um einem neuen Vorstoß gegen unsere Organisation sofort wirksam entgegenzutreten zu können. Es wurden anschließend hieran mehrere Detailfragen ansgesprochen. Als ein gutes Zeichen wurde allgemein bemerkt, daß zahlreiche Arbeiterinnen diese Versammlung besuchten, was zur Hoffnung berechtigt, daß auch sie ihre Lage begreifen und unserer Organisation beitreten. Mit

dem Appell des Vorstehenden, sei zu unserer Organisation zu halten, schloß die imposante Versammlung.

**Rheydt.** Bei der hiesigen Firma Wmandts, Kattel & Gieser, Wollweber, wurde einer Arbeiterin, weil sie ihr Recht gegenüber einem der Prinzipale vertrat, gekündigt. Ein Mitglied des Ausschusses erhielt in diesem Falle die Angelegenheit die sofortige Entlassung, außerdem fand es die Firma noch für angebracht, die Polizei zu requirieren, um den Arbeiter noch obendrein verhaften zu lassen. Das erlittene die vollständig organisierte Belegschaft so sehr, daß sie kurzerhand, ohne lange die Verhandlungen zu befragen, die 14 tägige Kündigung einreichte. Unter Verband gab, den eigenartigen Verhältnissen Rechnung tragend, die Genehmigung zum eventuellen Streik. Die Arbeiter forderten selbstverständlich die Wiederinstellung des Entlassenen, außerdem aber nahmen sie die Gelegenheit beim Schopfe und forderten gleichzeitig verschiedene Lohn erhöhungen sowohl für Weber als für Spulerrinnen. Und sie erzielten einen vollen Erfolg. Zunächst stellte die Firma den Entlassenen wieder ein und nahm die Kündigung der Arbeiterin zurück, während sie sich um die Lohn erhöhungen noch krauspfahl herumzuwinden suchte. Einen Tag vor Ablauf der Kündigung wurde der Gauleiter Melmes sowie Herr Bernies vom christlichen Verband vorkestellt. Das bewirkte, daß die Firma, welche bisher absolut keine Zeit fand, sich mit der Sache zu beschäftigen, sich sofort mit dem Ausschuss ins Einvernehmen setzte und demselben zusagte die ganzen Forderungen zu bewilligen. Eine abends abgehaltene Belegschaftsversammlung akzeptierte einstimmig die Zugeständnisse und erklärte die Bewegung für beendet. — Dieser Tatsache und volle Erfolg wird hoffentlich wieder etwas Leben unter die Rheydter Textilarbeiter bringen. In verschiedenen Betrieben gärt es bereits. In einer Versammlung der Färbereiarbeiter von Weines, in welcher auch zwei Söhne des Prinzipals sowie verschiedene Angestellte zugegen waren, führte Gauleiter Melmes den Anwesenden lebhaft die Notwendigkeit und Vorteile der Organisation vor Augen, die Zuhörer zu heiltem Beifall mit fortstrebend. Seitdem hat sich der größte Teil der Belegschaft organisiert. Wir zweifeln nicht, daß hier durch ein besonnenes Vorgehen auch Vorteile zu erzielen sind. Überzu barbarische Details wurden auch aus verschiedenen anderen Betrieben angeführt. In Rheydt müßte unbedingt gestäubert werden. Kollegen, an die Arbeit! Es muß uns gelingen, trotz des Lokalmangels für öffentliche Versammlungen, unserer Organisation weiter Eingang zu verschaffen. Sammeln wir die Unorganisierten dort wo sie hingehen, im Deutschen Verband, dann wird manche Rheydter Firma sich anders Manieren und bessere Entlohnung der Arbeiter angewöhnen müssen. W.

**Rheydt.** Am Sonntag den 27. August fand eine Mitglieder-versammlung statt. Zunächst wurden zwei Unterassistenten gewählt. Sodann wurde von allen Seiten der Ansicht des Vorstehenden beigegeben, daß durch Abhaltung von Fabrikversammlungen eine wesentliche Stärkung der Organisation herbeigeführt werden kann und soll an die Arbeiter sämtlicher Betriebe auf diesem Wege herangeführt werden. Sechs Kollegen wurden gewählt, welche den Vorstand dabei unterstützen sollen. Nach Besprechung der Vorgänge bei der Firma: Wmandts-Kattel & Gieser wurde folgende Resolution angenommen: Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Arbeiter der obengenannten Firma einverstanden und spricht denselben ihre volle Sympathie aus. — Kollegen, wie ihr seht, ist es uns möglich gewesen, mal eine Versammlung abzuhalten. Hoffentlich kann auch in nächster Nummer des „Textilarbeiters“ die Mitteilung gemacht werden, daß uns ein Lokal zur Verfügung steht. Beinahe ein ganzes Jahr sind wir ohne Versammlungsort gewesen! In diesem Abstände abgeholfen, so habt ihr die Verpflichtung, den Wirt zu unterstützen!

**Schlack.** Die letzte Mitgliederversammlung war einigermassen gut besucht, was von dem im ganzen Sommer abgehaltenen nicht zu sagen war. Es mußte sogar einmal die Versammlung ausfallen, weil zu wenig Mitglieder anwesend waren. Das ist sehr bedauerlich, denn es gibt hier viel zu verbessern, z. B. die Behandlung, die der Webmeister Sch. manchmal den Arbeitern zu teil werden läßt. Ebenso ist es mit den Strafbestimmungen; ist es doch schon vorkommen, daß Arbeiter an einem Vornahme mit bis zu 4 Wk. bestraft worden sind, nur weil sie die Skizze etwas zu schwer gewebet hatten. Falls ein Stilk zu schwer ist, wird der betreffende Arbeiter mit 1 Wk. bestraft. Nun möchte ich einmal den dreifachen Lohnstarif, der hier in der Tuchfabrik der Firma Karlin & Co. existiert, der Öffentlichkeit unterbreiten. Es wird hier 4er, 6er, 8er und 12er Schuß verarbeitet, und alles wird nach Alfo bezahlt. So bestimmt ein Arbeiter mit der Schuß von 16 bis 20 Jahren 28 Pf. fürs Alfo, von 20 bis 25 Jahren 30 Pf., und erst wenn er 25 Jahre alt ist, wird ihm der volle Lohn, nämlich 32 Pf. fürs Alfo, zu teil. Nur verheiratete Arbeiter unter 25 Jahren bekommen den vollen Lohn. Es gibt also ein Mittel, vor Forderung des 25. Lebensjahres zu dem vollen Lohn zu gelangen, freilich ein Mittel von recht zweifelhafter Güte! Dennoch kann aber keinem noch nicht 25 Jahre alten Kollegen dazu geraten werden, hier in Arbeit zu treten, denn er würde das Eldorado in zwei oder drei Wochen wieder verlassen. Alle Vorstellungen des Arbeiter-Ausschusses haben bis dato nichts geholfen. Die Arbeiter unter 25 Jahren, welche vorkestellt würden, hat man ohne weiteres zum Kontor hinausgeschickt. Das Geld, was den Schuß fällt, beträgt aller 14 Tage 2 bis 4 Wk. pro Arbeiter. Es sind ca. 26 Arbeiter und Arbeiterinnen, welche unter dem vollen Lohn arbeiten. Nehmen wir mal den Durchschnitt von 2 Wk. aller 14 Tage pro Arbeiter, so macht das 52 Wk. im Jahre; 26 Arbeiter gerechnet, ergibt eine Summe von 1352 Wk. im Jahre, die die Fabrikleitung aus den Knochen der Arbeiter als besonderen Mehrwert herauspreßt. Kollegen, werft eure Interessentlosigkeit und Menschenmüde beiseite und besucht die Versammlungen, da kann über Lohn- und Arbeitsverhältnisse verhandelt werden. Klammere ein jeder, daß auch der letzte Arbeiter in den Verband geht. Wert eure persönlichen Streitigkeiten beiseite! Wenn einer oder der andre mal auf die Bühnenaugen getreten wird, so ist das noch lange kein Grund zum Austritt. Eure Parole sei: Nieder mit dem dreifachen Lohnstarif! Mehr Lohn! Her mit dem Zehnundentag! Steht in die Organisation, denn vereint seid ihr nichts, aber vereint alles.

**Werdau.** Am Sonnabend den 2. September hielt die hiesige Einzelmitgliederversammlung des Zentralverbandes deutscher Textilarbeiter im Restaurant „Bergkeller“ ihre Monatsversammlung ab. Zur Aufnahme hatten sich 13 neue Mitglieder gemeldet. Der Kassierbericht gab Kollege E. Welter wurde noch beschloffen, ein Gesuch an den Industrieverein zu richten, zwecks Einführung der zehnständigen Arbeitszeit und 20 Prozent Lohnhöhung. Es soll auch ein Flugblatt herausgegeben werden und eine öffentliche Versammlung deshalb abgehalten werden. Der Bevollmächtigte gab noch bekannt, daß bei dem letzten Sterbefall 32 Mark ausgezahlt worden sind. Nach Erledigung eines internen Punktes fand die schwachbesuchte Versammlung ihr Ende.

### Posamentierer-Bewegung.

Die Berliner Webposamentenarbeiter haben in einer der letzten Textilarbeiterkongresse eingewilligt, der ihnen, neben Einführung einer 8 stündigen wöchentlichen Arbeitszeit, Abschaffung der Vorarbeit und Zuschlag auf Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, eine Lohnhöhung auf 55 Pf. Mindest-Stundenlohn gewährte.

**Mühlung, Posamentierer!** Laut Beschluß der Weipertter Konferenz wurde für Bayern ein Arbeitsnachweis erstellt, und werden stellungsuchende Kollegen ersucht, sich an den Landesvertrauensmann, Kollegen E. Raska, zu wenden. Stellen werden vermittelt in der Gold- und Silberbranche sowie für Webposamentierer.  
Für den Arbeitsnachweis:  
E. Raska, Vertrauensmann, Rürnberg, Kirchenweg 31, 11.

### Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Durch das Tarif-Angebot des Verbandes der sächsisch-thüringischen Webereiarbeiter sind die hiesigen Weber arg enttäuscht worden. Die Tarifartikel sollen überhaupt keine Lohnhöhung erfahren; nur für weniger gangbare Sachen ist eine Lohnhöhung um 5 bis 6 Prozent vorgesehen, auf der andern Seite bringen aber raffinierte „Einfstellungen“ sehr bestehender Positionen direkte Lohnreduktionen bis zu 20 Prozent! Unter solchen Umständen ist natürlich an eine Einigung der Parteien im Bergelwege nicht zu denken. Die Arbeiter haben nicht über Lust, den Unternehmern diesen Tarif vor die Füße zu werfen. Der kaum beigelegte Konflikt in der Textilbranche kann also jeden Tag von neuem ausbrechen.

**Der Streik bei der Firma C. H. Langendied in Ebersfeld** ist durch beiderseitiges Entgegenkommen nach achtstägiger Dauer zur Friedlichkeit der Arbeiter beendet worden. Die eine Hälfte der Belegschaft nahm am Montag den 11. und die andere am Dienstag den 12. September die Arbeit wieder auf. Wahregelungen fanden nicht statt. In anderen Färbereibetrieben Ebersfeld-Parmens geht man in nächster Zeit gleichfalls Lohnforderungen zu stellen, weshalb wenig nach dort streik zu unterlassen ist.

**Wählung, Ammangerass-Industriearbeiter!** Am Freitag den 8. Sept. legten 9 Spulner, 31 Anleger und 10 Anlegerinnen (sämtlich organisiert) der Spinnerei in Howawer-Neuendorf die Arbeit nieder, weil ihrer Vertrauensleute wegen der am 30. Oktober eingereichten Forderung gemäßigert wurden. Da die Firma anderweitig Arbeitskräfte sucht, werden sämtliche Kollegen ersucht, obiges zu beachten.

Die Altkassier Berlins haben mit dem Arbeitgeberverband einen Vertrag abgeschlossen, der annehmbare Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse enthält.  
Ein Tarifvertrag ist in der Berliner Marmor-Industrie zu Stande gekommen. Die Unternehmer haben folgende Zugeständnisse gemacht: Der Mindeststundenlohn der Steinmetzen beträgt auf der Werkstelle 07 1/2 Pf. und auf dem Bau 7 1/2 Pf., Schleifer erhalten einen Stundenlohn von 50 Pf. auf der Werkstelle und 65 auf dem Bau. Für Überstunden wird ein Zuschlag von 15 Pf. gezahlt, Nachtarbeit 50 Prozent und Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag. Für Arbeitslosigkeits- und Krankheitszuschlag. Die Arbeitszeit ist eine neunstündige. Der Vertrag tritt sofort in Kraft und gilt bis zum 1. September 1907.  
Die Glaser Hamburgs beschloffen, in den Generalstreik zu treten.

### Gewerkschaftliches.

Die Textilarbeiter Frankreichs hielten am 12., 13. und 14. August in Rouen ihren 7. Landeskongress ab. Der Kongress nahm zunächst zu Gunsten der proletarischen Freiheitskämpfer in Rußland und gegen den russisch-japanischen Krieg und für den internationalen Sozialismus eine warm empfundene Erklärung an. Nach dem Geschäftsbericht des Bundeskomitees und der Verlektifikation über das Ergebnis einer Umfrage, ob an dem Beschluß eines früheren Kongresses, vom 1. April 1905 ab nur noch täglich acht Stunden zu arbeiten und jede Arbeit über diese Zeit hinaus zu verweigern, festgehalten werden soll, behandelte der Kongress diese Frage eingehend. Mit 575 gegen 204 Stimmen (je 25 Mitglieder — Nicht-Kongressteilnehmer — hatten eine Stimme) gab der Kongress den Beschluß auf und machte die Resolution, die auf dem Nationaler internationalen Textilarbeiterkongress in diesem Monat angenommen wurde, zu der seinigen. (Diese Resolution war beantragt von deutscher Seite eingebracht worden.) Dann wurde zu Gunsten der Befreiung der Sklaverei und des Prämiensystems wie eines Lohnminimums und gegen Versuche der Unternehmer, den sechsten gesetzlichen Zehnundentag zu durchbrechen, Beschlüsse gefaßt. Es wurde auch beschlossen, daß das Rechnen der Maschinen als Arbeitszeit — im Sinne der täglichen Arbeitszeit wie der Bezahlung — anzusehen sei. Gegen ein entgegengegesetztes Projekt des Senats wurde lebhaft protestiert. Bei Streiks sollen die nichtbeteiligten arbeitenden Mitglieder einen Sonderbeitrag von 10 Centimes pro Woche leisten. Dieser Beschluß erlangt aber erst Gültigkeit, wenn sich die Mehrheit der dem Bunde angehörenden Syndikate durch Abstimmung für ihn erklärt haben wird. Auch die Resolutionsentwurf eine Neuordnung. Weiter beschloß der Kongress eine statische Erhebung über die Zahl der Spindeln, Webstühle, Druckmaschinen etc., die von einem Arbeiter bedient werden müssen, wie über die Dauer der täglichen Arbeitszeit. Von den Gesellschaften, die an Seimarbeiter motorische Kraft durch elektrische Energie liefern (was namentlich in St. Etienne und Umgebung geschieht), wird verlangt, daß der Strom nur täglich zehn Stunden lang gehen soll, damit die Weber auf dem Lande nicht mehr durch Tagesarbeit von 12 bis 15 Stunden denen der Stadt Konkurrenz machen könnten. Den Schluß des Kongresses bildete die Annahme einer Resolution gegen den Militarismus. — Die französischen Textilarbeiter bilden nach dem Jahresbericht auf ein erfolgreiches Jahr zurück. 30 Syndikate traten der Föderation bei, dem nur ein Austritt und sechs Aufkündigungen gegenüberstehen. Gegenwärtig zählt die Organisation 120 Syndikate mit 26000 Mitgliedern. Diesen stehen allerdings noch 80000 Unorganisierte gegenüber.

### Bereinsgesetzliches.

Der Bevollmächtigte des Textilarbeiterverbandes in Osterloh hatte auf Veranlassung der Arbeiter der Firma Gilt & Wolf (Wandweber) eine Forderungsbekanntmachung erlassen, ohne dieselbe bei der Polizei anzumelden. Er und ein Kollege sowie der Wirt des Besprechungsortes sollten dadurch gegen den § 1 des preussischen Vereinsgesetzes verstoßen haben. Sie hatten sich deshalb am 31. August vor dem Schöffengericht in Osterloh zu verantworten. Es wurde aber festgestellt, daß sie sich nur mit den Löhnen bei der betr. Firma beschäftigt hatten, worauf sie kostenlos freigesprochen wurden. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die Lohnfrage an sich keine öffentliche Angelegenheit darstelle und die Angeklagten deshalb freigesprochen werden mußten. Der Anwalt hatte 18 bis 30 Wk. Geldstrafe oder 3 bis 5 Tage Gefängnis beantragt.

### Aus Unternehmertreffen.

Der Anerkennung der Arbeiterorganisationen durch die Unternehmerorganisation, also einem Bruch mit der bisherigen Praxis der letzteren, wird in letzter Zeit in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ das Wort geredet. Dabei wird mit manchem für die Arbeiter interessanten Gesichtspunkt aufgearbeitet, z. B. mit dem, daß den Arbeitern seinerzeit das Koalitionsrecht gegen den Wunsch der „Arbeitgeber“ gewährt wurde, und daß diese den Grundpfeiler vertraten, nicht mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln, um die Arbeiter von den gewerkschaftlichen Organisationen fernzuhalten. Das ist jedoch, mit Ausnahmen natürlich, fast stets mißlungen, und zwar habe dieses Mißlingen mit der Zeit immer mehr zugenommen. Das Prinzip: „Telle und herrsche!“ habe hier nicht zum Siege geführt. Diese Erfolglosigkeit der bisherigen Kampfart müsse durch eine bessere ersetzt werden. „Solange“ heißt es in einer angeleglichen Zukunft an die „Arbeitgeberzeitung“, die verschiedenen Richtungen der Gewerkschaftsbewegung sich feindselig gegenüberstanden und sich heftig bekämpften, war immerhin noch







# Beilage zu Nr. 37 des Textil-Workers.

Chemnitz, Freitag den 15. September 1905.

## Dürfen Gewerbegerichts-Besitzer

### an Rechtssuchende Auskunft erteilen und als Prozeßbevollmächtigte auftreten?

#### Betreibt ein Verbandsvorstand die Vertretung von Kollegen vor dem Gewerbegericht geschäftsmäßig?

Diese schon wiederholt aufgeworfenen Fragen haben in letzter Zeit wieder Behörden und Gerichte beschäftigt. Angehts des bevorstehenden Gewerbegerichtstages gewinnen diese Fragen von neuem aktuelles Interesse.

In Neumünster hatten die Gewerbegerichtsbesitzer in öffentlichen Plätzen Plakate ausgehängt, in denen sie Rechtssuchenden unentgeltliche Auskunft in gewerblichen Klagesachen zusicherten. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts erwiderte darin eine grobe Verletzung der Amtspflicht und erlittete Anklage bei dem Staatsanwalt. Das Gericht aber sprach die angeklagten Gewerbegerichtsbesitzer frei, weil ihnen das Bewußtsein rechtswidrigen Handelns gefehlt habe. Daraufhin erließ der Regierungspräsident zu Schleswig eine Verfügung, die es den Vorsitzenden der Gewerbegerichte zur Pflicht machte, die neuereinstellenden Besitzer darauf hinzuwirken, daß es ungehörig sei und gegebenenfalls als Verletzung der Amtspflicht angesehen werde, wenn Gewerbegerichtsbesitzer als Prozeßbevollmächtigte vor dem Gewerbegericht auftreten oder sich öffentlich zur Erteilung von Auskunft in Rechtsstreitigkeiten erboten. Da in Schleswig-Holstein allenthalben, wo keine Arbeitersekretariate vorhanden, solche von Gewerbegerichtsbesitzern unentgeltlich versehenen Auskunftstellen für Rechtsfragen bestanden und nicht nur den Rechtssuchenden große Dienste geleistet, sondern auch zur Entlastung der Gewerbegerichte selbst vielfach beigetragen hatten, so beschloß die Kaiserliche Regierung, deren Ministerialstelle übrigens seit Jahren schon durch das Arbeitersekretariat abgedeckt ist, die Rechtsuchendengeldstelle jener Regierungsvorstellung gerichtlich feststellen zu lassen. Der Gewerbegerichtsbesitzer und Stadtverordnete Weber-Alf übernahm deshalb eine Prozeßvertretung in einer Sache, bei der ein stellvertretender Vorsitzender, der ihn nicht kannte, amtierte. Nach Schluß der Verhandlung stellte sich Weber dem Vorsitzenden als Gewerbegerichtsbesitzer vor und ersuchte, ein Strafverfahren gegen ihn einzuleiten. Die Angelegenheit wurde dem Regierungspräsidenten gemeldet, und dieser veranlaßte, daß gegen Weber Anklage auf Amtsentsetzung erhoben wurde auf Grund des § 21 Abs. 2 des Gewerbegerichtsgesetzes, der lautet:

„Ein Mitglied des Gewerbegerichts, welches sich einer groben Verletzung seiner Amtspflicht schuldig macht, kann seines Amtes entsetzt werden. Die Entsetzung erfolgt durch das Landgericht, in dessen Bezirk das Gewerbegericht seinen Sitz hat. Hinsichtlich des Verfahrens und der Rechtsmittel finden die Vorschriften entsprechende Anwendung, welche für die zur Zuständigkeit der Landgerichte gehörenden Strafsachen gelten. Die Anklage wird von der Staatsanwaltschaft auf Antrag der höheren Verwaltungsbehörde erhoben.“

In der Verhandlung am 9. Februar beantragte der Staatsanwalt Verurteilung, denn so wenig ein Richter zugleich Richter, Verteidiger und Zeuge sein könne, so wenig dürfe auch ein Gewerbegerichtsbesitzer zugleich Prozeßbevollmächtigter sein. Jemand, der sich eine bestimmte Rechtsansicht in einer Sache schon gebildet habe, sei nicht mehr in der Lage, die Einwendungen und Gründe anderer abzuwägen zu können. Der Angeklagte wies diese Debatte des Staatsanwaltes scharf zurück und behauptete, daß er keineswegs in einer Sache, in der er als Richter fungiert, zugleich Prozeßbevollmächtigter sei, wie denn auch die Zustimmungsverteilung der Besitzer über die in solchen Fällen erfolgte, zu denen sie als Gewerbegerichtsbesitzer nicht hinzugezogen werden. Da allein das Gericht zu entscheiden habe, war als Besitzer zulässig, sei die Verfügung des Regierungspräsidenten unzulässig.

Das Gericht erkannte denn auch auf Abweisung der Anklage. Weber habe sich keiner groben Amtsentsetzung schuldig gemacht und könne deshalb nicht seines Amtes entsetzt werden. Weber die Rechtsuchendengeldstelle der Regierungsvorstellung habe das Gericht nicht zu entscheiden, aber die Tatsache der unentgeltlichen Prozeßvertretung involviere für einen Gewerbegerichtsbesitzer auf keinen Fall ein großes Amtsvergehen, umsonst, als über die Zuständigkeit solcher Vertretung die Gewerbegerichte selbst geteilter Ansicht seien.

Wenn es bei der Entscheidung dieser Instanz bleibt, dann ist die Verfügung des Regierungspräsidenten zu Schleswig praktisch unwirksam und es bleibt den Besitzern ein Recht erhalten, das sie so gut wie jeder andere Staatsbürger ausüben können. Es ist absolut nicht einzusehen, warum die Besitzer selbst als Prozeßbevollmächtigte nicht auftreten können vor dem gleichen Gerichte, an dem sie sonst als Richter fungieren. Wir erinnern uns vorstehender Fälle, wo ein Arbeitgeberbesitzer aus reiner Menschenfreundlichkeit, des öfteren Klagen von Arbeitern und Arbeiterinnen vertrat, ohne deshalb bestraft zu werden. Bei einzelnen Vorstehenden scheint aber gegenüber dieser Ausübung eines selbstverständlichen Rechtes durch die Besitzer eine gleichsonderliche Nervosität zu herrschen, wie gegenüber der Frage, ob der Vorstehende oder die Angestellten eines Arbeiterverbandes die Klagen von Berufsangehörigen vor den Gewerbegerichten vertreten dürfen. In Frankfurt a. M. ist erst kürzlich wieder, wie das „Handlungsgehilfen-Blatt“ berichtet, der Vorstehende einer Gewerkschaft, der einen auswärtigen Kollegen vertreten wollte, zurückgewiesen worden. Auch das Gewerbegericht Hamburg hat vor kurzem den Vorsitzenden des Verbandes der Schauerleute als Prozeßbevollmächtigten abgewiesen, weil er schon öfter als Vertreter vor dem Gericht fungierte und deswegen ein „geschäftsmäßiges Verhalten“ vor Gericht angenommen sei, das nach § 21 des G. G. die Abweisung solcher Personen erzwingt. Die „Geschäftsmäßigkeit“ wurde von dem Gewerbegericht Hamburg wie folgt begründet:

„Geschäftsmäßig handelt jemand, wenn er eine bestimmte Handlung zu rechtlichen oder bloß wirtschaftlichen Zwecken wiederholt vornimmt, und wenn diese Wiederholung nicht etwa auf bloßen Zufall zurückzuführen ist, sondern der Zweck entspricht, die betreffenden Handlungen fortgesetzt als einen Teil seiner wirtschaftlichen Tätigkeit zu betreiben. W. hat in seiner Eigenschaft als Vorstehender des Verbandes die Aufgabe, den Mitgliedern des Verbandes bei Streitigkeiten derselben aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnisse mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Sein wiederholtes Verhalten vor dem Gewerbegericht als Prozeßbevollmächtigter oder Stellvertreter seiner Verbandsgenossen (in diesem Jahre heute zum viertermal) ist also offenbar nicht auf Zufall zurückzuführen, sondern entspricht der Pflicht, die der Vorstehende als einen Teil seiner Kollegienpflicht als Verbandsvorstand zu betreiben. W. hat in dieser Hinsicht das Gewerbegericht zu betreiben. W. hat in dieser Hinsicht das Gewerbegericht zu betreiben. W. hat in dieser Hinsicht das Gewerbegericht zu betreiben.“

ausgeschlossen, die durch ihren Beruf oder durch das häufige Auftreten vor Gericht eine den meisten Privatpersonen überlegene Kenntnis oder Übung besitzen.“

Was weiß die Vorstehenden die Leute mit „überlegener Kenntnis“ fürchten, muß der § 21 des G. G. behalten, um sie abzuweisen zu können. Denn wenn allein durch die öftere Vertretung vor dem Gewerbegericht die Prozeßbevollmächtigten sich eine „überlegene Kenntnis oder Übung“ aneignen können, so lächerlich auch die Vertreter der Unternehmer der Großindustrie, die oft Stammgäste an dem Gerichte sind und fast regelmäßig durch einunddenselben Angestellten vertreten werden. Wir haben aber noch nicht gehört, daß diese Vertretung als „geschäftsmäßig“ anerkannt und der Prozeßbevollmächtigte zurückgewiesen wird. Was man von Unternehmern gestaltet, das sollte auch den Arbeitnehmern erlaubt sein. Einzelne Vorstehende handeln aber hier ganz nach Laune, und das ist ein sehr schwankender Rechtsstandpunkt. Es wäre angebracht, wenn der in diesem Jahre stattfindende Verbandstag der Gewerbegerichte in dieser Frage eine Norm aufstellte über die Auslegung des Begriffes „geschäftsmäßig“ Vertretung, damit die oft sehr persönlichen Anschauungen der Vorstehenden einer mehr sachlichen und humanen Beurteilung Platz machen.

Wir halten übrigens die Definiierung des Begriffes „geschäftsmäßig“, wie sie in einem Kommentar zum Gewerbegerichtsgesetz gegeben wird, nicht für zutreffend. Es heißt da: „Geschäftsmäßig“ Ein gewerbemäßiges Betreiben ist nicht erforderlich, sobald der Nachweis der Honorierung nicht geführt zu werden braucht. (Strudmann und Koch, Anmerkung zu § 157.)

Hier ist „geschäftsmäßig“ im Sinne von „gewohnheitsmäßig“ gemeint. Wollte aber der Gesetzgeber die Gewohnheit zum Ausdruck bringen, so hätte er doch wohl „gewohnheitsmäßig“ und nicht „geschäftsmäßig“ geschrieben. Er wollte aber offenbar nur die Leute von der Vertretung ausschließen, die dieselbe als Geschäft, d. h. gegen Vergütung übernehmen könnten. Wenn er nicht „gewohnheitsmäßig“ schrieb, so wohl nur deshalb, weil darunter leicht nur die Rechtsanwältinnen verstanden werden könnten, er aber auch die Winkeladvokaten und Rechtskonsultanten von der Vertretung ausnehmen wollte. In keinem Falle wollte der Gesetzgeber aber Vertretern einer Organisation, die aus Gefälligkeit oder kollegialem Pflichtgefühl eine Vertretung vor dem Gewerbegericht übernehmen, diese Vertretung streitig machen. Daß er nicht Privatpersonen „mit überlegener Kenntnis oder überlegener Übung“ von den Gewerbegerichten als Vertreter einer der Parteien fernhalten wollte, wie das Gewerbegericht Charlottenburg annimmt, das geht doch aus der Tatsache hervor, daß er die Vertretung in allen Fällen zuläßt, also auch da, wo sie nicht eine bringende Notwendigkeit ist, denn eine solche liegt nur vor bei Klagen von Minderjährigen, der Sprache Unkundigen, geistig Behinderten, Kranken und Abwesenden.

Wenn eine „überlegene Kenntnis und Übung“ vor dem Gewerbegerichte nicht zur Geltung kommen sollte, hätte der Gesetzgeber das Recht der Vertretung gewiß auf das notwendigste Maß beschränkt. Daß er das nicht tat, beweist, daß man in jedem Falle die „überlegene Kenntnis und Übung“ sich betätigen lassen, daß man jeden Ungewandten sich durch einen Gewandteren vertreten lassen sollte. Da aber Gewandtheit nur durch Übung zu erlangen ist, so kann man solche Personen, die öfter vor einem Gewerbegericht als Vertreter erscheinen, gerade diese öfteren Erscheinens wegen nicht von der Vertretung ausschließen; denn diese ihre Tätigkeit beruht auf Gefälligkeit und kollegialen Pflichtgefühl selbst dann, wenn sie von einer Organisationsverbindung zu dieser Tätigkeit gezwungen werden. Sie üben dann lediglich eine Pflicht aus, die durch ihre Berufstellung bedingt sein kann, oder eine auf Gefälligkeit und Freiwilligkeit beruhende Handlung. Ihr Verhalten unterscheidet sich merklich von dem eines Rechtsanwaltes oder einer sonstigen Rechtsgeschäfte betreibenden Person, denn diese handeln nicht aus Gefälligkeit oder Pflicht, sondern in Ausübung geschäftlicher Aufträge, in Ausübung eines Erwerbs oder Geschäftes, also erwerbs- oder geschäftsmäßig; sie haben mit dem von ihnen vertretenen keine Interessengemeinschaft wie der Arbeitervertreter, der die Sache eines Kollegen vertritt, weil diese Sache eines Kollegen Sache eines ganzen Berufs, ja der ganzen Arbeiterklasse sein kann. Bei dem Rechtssuchenden ist das Geschäftliche, bei dem Arbeitervertreter das Solidarische Merkmal des Handelns. Da das Geschäftliche niemals mit dem Solidarischen gepaart ist, so kann Solidarisches Handeln, auch noch so oft geübt, auch nicht geschäftsmäßig sein.

## Um den „Textilarbeiter“.

Da einmal die Frage der Vereinigung des Stiches des „Textilarbeiters“ und des Verbandsvorstandes in unserem Verbandsorgan wieder erörtert wird und diese Frage auch immer aktueller wird, so möchte ich nicht unterlassen, auf einiges hinzuweisen.

Auch ich sehe auf dem Standpunkte, daß Verbandsorgan und Verbandsvorstand nicht nach Berlin, sondern nach Chemnitz gehören, wenn man beides vereinigen will. Und daß die Vereinigung des Stiches unseres Verbandsorgans mit dem des Verbandsvorstandes nur eine Frage der Zeit sein kann und jedenfalls auf der nächsten Generalversammlung des Verbandes geregelt werden muß, wird wohl für jeden einsichtsvollen Verbandsvorstand selbstverständlich sein. Was die praktische Seite der Frage anbetrifft, so sehe ich auf demselben Standpunkte wie Kollege Max Sanger. Ich möchte jedoch noch auf etwas anderes aufmerksam machen.

Unter Verbandsorgan „Der Textilarbeiter“ ist ja noch nicht Eigentum des Textilarbeiterverbandes, sondern Eigentum der schlesischen Textilarbeiterchaft und befindet sich in den Händen des Kollegen Clemens Bieweg in Döbeln als Verleger. Im Jahre 1900, also zu einer Zeit, wo der Textilarbeiterverband noch gar nicht existierte, wurde der „Textilarbeiter“ von dem damaligen Herausgeber und Verleger der „Burgstädter Zeitung“, Robert Walther in Burgstädt, ins Leben gerufen und unter den größten persönlichen finanziellen Opfern desselben längere Zeit über Wasser gehalten. Und als es Robert Walther nicht mehr möglich war, weiteres Opfer für den „Textilarbeiter“ zu bringen und dieser wieder eingezogen drohte, da berangen die schlesischen Hosenbewäcker Textilarbeiter ein, um den Verlag in ihre Hände zu bekommen, da durch die Propaganda dieses Organs der organisatorische Gedanke bedeutende Fortschritte gemacht hatte. Also hat der „Textilarbeiter“ mit Hilfe der schlesischen Textilarbeiterchaft zu Gunsten des Textilarbeiterverbandes gewirkt, was letzterer noch gar nicht geahndet war. Diesem Umstand ist es auch zuzuschreiben, daß 1891 der Textilarbeiterverband bei seiner Gründung nur 10 Pf. Wochenbeitrag zu erheben brauchte, da dieser bereits ein Organ vorlag, das seine Interessen vertrat, ohne daß er ein größeres Risiko zu übernehmen brauchte. Und dies war der schlesischen Textilarbeiterchaft zu verdanken. Der Textilarbeiterverband kann also nicht ohne weiteres über den „Textilarbeiter“ verfügen, ohne den schlesischen Mitgliedern des Verbandes, die heute etwa 40 Prozent der Gesamtmitgliedschaft ausmachen, Rechnung zu tragen. Aus diesen und den bereits vom Kollegen Max Sanger angeführten Gründen hat Chemnitz (und Sachsen überhaupt) weit

mehr Anrecht auf den Sitz unseres Verbandsorgans und unserer Verbandsverwaltung als Berlin. Auch wäre es eine große Frage, ob Berlin bei Gründung des Verbandes als Sitz in Frage gekommen wäre, wäre damals der „Textilarbeiter“ bereits in Chemnitz und nicht in Burgstädt erschienen. Unter andern Umständen hätten wir vielleicht den Sitz schon in Chemnitz.

Zudem würde dem Verbandsvorstand in Chemnitz und dem übrigen Sachsen ein ganz anderer Blick von Kräfte zur Verfügung stehen als dies in Berlin der Fall zu sein scheint.

Der Sitz unseres Verbandes und des Verbandsorgans gehört übrigens doch unstreitig in den Mittelpunkt der größten Textil-industriezentrale, und das ist doch unstreitig Chemnitz.

Mit mir werden jedoch alle sächsischen Verbandsvorstände der Meinung sein, daß uns in Sachsen keine Extramur nicht gebraten werden soll, indem wir den Sitz der Verbandsverwaltung mit dem des Sachorgans in Chemnitz vereinigt wünschen. Wir erblicken hierin einen finanziellen und praktischen Nutzen für den Verband. Und weiter würden wir mit der Abnahme des „Textilarbeiters“ von Chemnitz die Chemnitzer „Vollstimme“, die auf die Herstellung des „Textilarbeiters“ eingerichtet und an deren Betrieb der „Textilarbeiter“ finanziell beteiligt ist, schwer schädigen.

Wir erblicken in dem „Textilarbeiter“ kein sächsisches Blatt, sondern das Organ für die Interessen der gesamten Textilarbeiterchaft Deutschlands. Sollte man uns überzeugen, daß die Interessen und das weitere Gelingen des Verbandes die Verlegung unseres Sachorgans von Chemnitz nach Berlin notwendig ist, so werden wir uns selbstverständlich fügen, weil wir nur das Gelingen des Verbandes im Auge haben; jedoch sprechen zuzeit praktische und finanzielle Bedenken dagegen.

Daß die sächsischen Verbandsvorstände ohne sächsische Interessen und Sintergedanken, wie sie diesen vielleicht ohne jeden Grund in Berlin zugeschrieben werden, zu handeln verstehen, das haben diese auf der letzten Landeskonferenz der Textilarbeiter Sachsen in Chemnitz bewiesen, indem sie von der Anstellung eines Landesleiters Absicht nahmen, obwohl sie darauf mit ihren circa 25000 Verbandsmitgliedern und circa einer Million Reichsmark angehörigen der Textilindustrie das erste Anrecht gehabt hätten. Wenn man sich also mit der Frage befaßt, unser Verbandsorgan von Chemnitz nach Berlin zu verlegen, so wird man auch der Frage näher treten müssen, ob es nicht richtiger sei, unsere Verbandsverwaltung von Berlin nach Chemnitz zu verlegen.

Paul Wiegand, Müllersdorf.

## Auch ein Arbeitsvertrag.

Die Firma G. Feilisch in Berlin, die sich durch ihre handelsmäßige Haltung bei dem verflochtenen Teppichweberstritt bekanntlich noch berühmter machte, als sie schon vorher war, legt ihren Hauswebern folgenden vergrößerten „Vertrag“ zur Unterschrift vor:

Hiermit verpflichte ich mich, nur unter folgenden Bedingungen für die Firma G. Feilisch in Berlin zu arbeiten:

1. Die Firma G. Feilisch liefert mir sämtliche Materialien, und ich verpflichte mich, hieraus nur gute, fehlerfreie und laubere Ware nach Vorschrift anzufertigen und abzuliefern.

2. Die mir von der Firma G. Feilisch übergebenen Ketten dienen mir nur als Unterlage für die herzustellende Arbeit, und erkläre ich ausdrücklich, dieselben nicht als Aufgabe oder Bestellung entgegenzunehmen zu haben. (Das soll wohl heißen: Hat der Weber eine Kette, so kann man ihn immer noch nach Willkür auf Schuß warten lassen?) D. H.)

3. Die angefertigte Ware sowie Retourstück bin ich verpflichtet, stets in trockenem Zustande abzuliefern, ebenso ist die Firma gehalten, mir die Wolle stets in trockenem Zustande zu übergeben, und sollte es einmal vorkommen, daß selbige feucht ist, so steht es mir frei, dieselbe sofort zurückzugeben. Jedenfalls sehr ich jedoch ausdrücklich davon ab, spätere diesbezügliche Einwendungen zu machen.

4. Die Ware ist sauber gerollt und gebunden franco Kontor zur Ablieferung zu bringen.

5. Kette und Woll vorpflichte ich mich so zu führen, daß auf eine Kette 80 Zentimeter Kette und 160 Zentimeter Woll verarbeitet wird, und erkläre ich mich mit event. Abfällen einverstanden, wenn ich entgegen dieser Vorschrift arbeite oder falsche Farben einschleichen sollte. Sollte die von der Firma G. Feilisch festzustellende Entschädigung meinen Lohnbetrag übersteigen, so verzichte ich hiermit ausdrücklich auf diesen Lohn.

6. Ich erkläre mich ferner damit einverstanden, daß für Ware, die den bisher aufgeführten Bestimmungen nicht entspricht, sowie für fehlende Materialien und Gewichtsmängel, entsprechende Abzüge gemacht werden können, und verzichte ich darauf, spätere Einwendungen dagegen geltend zu machen.

7. Sämtliche Lieferungen, Retourstücksendungen sowie Kette sind franco im Kontor zur Ablieferung zu bringen und hat der Weber die Transportkosten selbst zu tragen.

8. Nur für effektiv zur Ablieferung gebrachte tabellose Ware habe ich den vereinbarten Abschlag zu beanspruchen. Alle anderen Vergütungen sind vollständig ausgeschlossen und verzichte ich auch ausdrücklich darauf.

9. Sämtliche der Firma gehörigen Materialien und Utensilien bleiben stets Eigentum derselben und steht der Firma das Veräußerungsrecht darüber jederzeit zu.

10. Die Firma G. Feilisch ist berechtigt, mir ohne vorherige Kündigung die Arbeit abzunehmen, wie auch mir daselbe Recht zusteht. Ich bin ab dann verpflichtet, die Ketten und Wollen abzugeben resp. tabellos lauber vom Baum abzurufen, und zwar lediglich auf meine Kosten. Sollte ich dieser Verpflichtung nicht sofort nachkommen, so hat Herr Feilisch das Recht, einen seiner Angestellten zu mir zu senden, und verpflichte ich mich in diesem Falle, für dadurch entstandene Unkosten aufzukommen.

11. Die Firma G. Feilisch verpflichtet sich, bei jeder Lohnauszahlung die mir gesetzlich zustehenden 12 Pf. für Invaliditäts- und Altersversicherung mitzuschicken, und verzichte ich darauf, später diesbezügliche Ansprüche geltend zu machen, falls diese Beiträge regelmäßig erfolgten. Falls ein solcher Beitrag einmal ausbleiben sollte, ist der Weber verpflichtet, schriftlich bei nächster Lohnauszahlung daran zu erinnern.

12. Vergütung für Zeitarbeitsdienste habe ich nicht zu beanspruchen; sollte ich einmal lange fern sein müssen und keine Aufträge erhalten oder überhaupt keine Arbeit mehr bekommen, so bin ich verpflichtet, mich selbst im Kontor des Herrn Feilisch nachmals zu informieren.

13. Vergütung für Zeitarbeitsdienste sowie Fahr- resp. Reisekosten, die ich im Interesse der Geschäftsangelegenheiten mit der Firma G. Feilisch habe, steht mir nicht zu und verzichte ich darauf.

14. Sowohl der Transport der fortlaufend mir durch den Nachmann zulekommenden benötigten Materialien von Berlin bis hierher, als auch umgekehrt der Rücktransport der fertigen Waren von hier nach Berlin geschieht lediglich auf Kosten des Webers.



15. Die Uebergabe des für Borarbeit festgesetzten Lohnes geschieht ebenfalls an den dazu beauftragten Fuhrmann zweimal wöchentlich, und wird hiermit von den Webern ausdrücklich anerkannt, daß mit der Uebergabe des Lohnes an den Fuhrmann jede weitere Verantwortung des Herrn Feilisch erlischt. Die Uebermittlung des Geldes seitens des Fuhrmannes an den Weber geschieht lediglich auf Gefahr des Empfängers.

16. Auf Aufforderung des Herrn Feilisch ist jeder Weber verpflichtet, sofort im Kontor zu erscheinen. Die hieraus entstehenden Kosten für Hin- und Rückfahrt und sonstige Spesen hat der Weber selbst zu tragen.

17. Ich verpflichte mich, gegen diesen Arbeitsvertrag keinerlei Reklamationen zu machen und nach Entziehung der Arbeit keine Forderung an die Firma G. Feilisch zu stellen. Ich erkläre ausdrücklich, als selbständiger Weber Unterzeichner geleistet und den Vertrag selbst genau in allen Einzelheiten gelesen zu haben.

(Unterschrift.)  
Der Weber übernimmt also jedes Risiko, Herr Feilisch teils. Das „haisl ä Geschäft“.

### Die „Hirsche“ in der Chemnitzer Pflege.

Eine öffentliche Versammlung vom Gewerksverein der deutschen Stuhlarbeiter (Textilarbeiter) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Dunder), Ortsverein Hartau, fand am 9. September im „Lehngericht“ in Hartau bei Chemnitz statt. Herr Elbel aus Spremberg sprach über das Thema „Im Zeichen der Ausperrungen und welche Lehren haben wir daraus zu ziehen?“

Der Redner gab zunächst ein Bild über die Entschleunigung der deutschen Gewerksvereine. Er führte aus, daß in der Mitte des vorigen Jahrhunderts Dr. Max Hirsch, der Begründer der genannten Vereine, nach England gereist sei, um die dortigen Organisationseinrichtungen der Arbeiterkraft zu studieren. Er habe dabei den Zweck verfolgt, diese Verhältnisse auf die deutsche Arbeiterkraft zu übertragen, um dadurch für dieselbe eine Verbesserung ihrer Lebensstellung herbeizuführen. Im weiteren erläuterte der Redner den Wert guter Statistiken, dabei zeigend, daß überall da, wo die Arbeitszeit am längsten, der Lohn am niedrigsten, und wo die Arbeitszeit am kürzesten, der Lohn am höchsten sei.

Der Vortragende verwies aber auch darauf, daß diese letzteren günstigen Verhältnisse: kurze Arbeitszeit und höherer Lohn, nur durch gute und stramme Organisation der betreffenden Arbeiterkraft erreicht worden seien. Verze, Beamte, Lehrer, sowie vor allem auch die Unternehmer hätten den hohen Wert der Organisation längst erkannt und sich demzufolge fest zusammengeschlossen zur Wahrung ihrer Verfass- und Interessen, und so sollen und müßten auch die Arbeitermassen sich zusammenschließen, alles Trennende beiseite lassen, um vereint gegen die Auswüchse des Kapitalismus, gegen überlanges Arbeiten, farge Löhne, schlechte Behandlung und Mißstände aller Art, sich zu wehren und so mit teilzunehmen an dem Segen, welchen die Maschinen den Menschen zu bringen vermögen. Heute sei davon noch wenig zu spüren, nur über diejenigen ergieße sich dieser Segen, welchen es durch ihren Kapitalbesitz möglich ist, selbst Maschinen zu erwerben und an denselben andere Menschen zu beschäftigen und deren Arbeitskraft für sich in Gold umzuwandeln.

Gerade bei der heutigen Fleischnot sollten die Arbeiterinnen und Arbeiter erkennen lernen, welche ungeheuren Wert es für sie habe, geschlossenen Front zu machen gegen die Volksausbeuter aller Art, da doch gerade jetzt es schwer sei, die Ausgaben mit den Einnahmen in Einklang zu bringen. Der Vortragende streifte im weiteren Verlauf seiner Ausführungen die Kämpfe der Metallarbeiter in Süddeutschland, der Textilarbeiter im Vogtland und Thüringen usw., er erwähnte einen Fall, wo in einer Feinprinterei in Augsburg, in der mehrere hundert Mädchen und Frauen beschäftigt seien, der Vetter zu einer Arbeiterin, die eine Beschwerde vortrachte, geklagt habe: „Wie können Sie sich denn über irgend etwas aufregen, Sie sind ja alle nicht organisiert, ich kann folglich mit euch machen was ich will.“

Der Redner bekämpfte schließlich auch in anerkannter Weise die durch die sogenannte Vereinstoleranz herbeigeführte Zerstückelung der Kräfte; durch sie würde die Arbeiterkraft nur der Zeit und des Geldes beraubt und abgehoben, sich Vereinigungen anzuschließen, welche sich hohe ideale Ziele gesteckt haben.

Zum Schluß kommend, beantwortete der Redner die Frage: Welche Lehren sollen wir ziehen? dahin, daß es die vornehmste Pflicht aller Arbeiterinnen und Arbeiter sei, sich zu organisieren. Wo sie das tun, müssen sie alle erwidern, ob bei den freien Gewerkschaften oder bei den Hirsch-Dunder'schen; jeder solle nach seiner Fassung selbst werden. Herr Elbel erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall.

Hierauf trat eine Pause von 10 Minuten ein, welche von den Vertretern der verschiedenen Verbände dazu benützt wurde, Aufnahmestempel auszugeben.

In der Diskussion nahm als erster Redner Robert Krause (Metallarbeiter) das Wort. Derselbe erklärte einleitend, daß er die Aufmerksamkeit der Anwesenden mehr auf die hiesigen Verhältnisse lenken möchte, er bedauerte, daß gerade in Hartau die Vereinstoleranz in voller Blüte stehe, in deren Bekämpfung er mit dem Referenten völlig einig sei. Er erwähnte aber einen Fall, in dem in einer hiesigen Kronenstuhlfabrik, wo den Arbeitern die Stellung von Ueberstunden zugemutet worden sei, sich die im Metallarbeiter-Verbande organisierten Metallarbeiter geweigert hätten, diese Ueberstunden zu machen, während ein im Hirsch-Dunder'schen Gewerksverein organisierter sich nicht dem Protest angeschlossen habe. Ähnliche Fälle, welche zeigen, daß man sich im kritischen Moment auf die „Hirsche“ nicht verlassen könne, brachte Krause noch mehrere zum Vortrag. Ferner erwähnte derselbe noch unter lebhaften Zurufen und starker Erregung der Versammlung, daß er Lohnzettel von der Goldschmiedfabrik Drechsler & Wagner in Hartau in Händen habe, nach welchen ein Arbeiter in einer Wohnperiode (14 Tage) 18 Mk. in seiner nächsten 14 Mk., zusammen in vier Wochen ganze 27 Mk. als Lohn ausgezahlt erhalten habe. Was solle nun solch ein Arbeiter damit anfangen?

Genosse Krause ging nun des näheren darauf ein, daß der Referent Statistiken und Tarifverträge empfohlen habe, er war auch hierin mit demselben vollständig einverstanden. Während der Referent jedoch der Ansicht war, daß die Politik von den Organisationen ferngehalten sei, meinte Genosse Krause, man brauche zwar innerhalb derselben keine Politik zu treiben, jedoch im übrigen müsse man wohl Politik pflegen, um ein offenes Auge zu haben für die Vorgänge in den Parlamenten und bei der Regierung, denn es könnte leicht vorkommen, daß durch eine einzige Abstimmung und einen einzigen Federstrich etwaige Errungenschaften auf wirtschaftlichem Gebiete wieder zu nichts gemacht würden; er erinnere nur an das Zuchtgesetz, die Amtskurvorlage und ähnliche schmerzliche Ereignisse. Die Rede des Herrn Dr. Max Hirsch nach England, meinte Genosse Krause, sei nur unternommen worden unter dem Druck der damaligen starken Opposition, welche die Arbeiter anfangen, der Paritätspolitik zu machen und zu dem Zweck, die Arbeiterkraft dieser Partei als Wähler zu erhalten. (Stürmischer Beifall folgte den Ausführungen des Genossen Krause.) Chemnitz richtete besonders an die hiesigen Textilarbeiter Hartaus die dringende Mahnung, sich weiteren Bekämpfungen zu zuwenden, weil den Arbeitnehmern nachzugehen, die Tage der hiesigen Spinnerarbeiten und Arbeiterinnen liehe doch gerade genug zu wünschen übrig und sei durchaus nicht dazu angeht.

die Spar- und sonstigen unnützen Vereine zu fällen. Ferner verwies Chemnitz auf das Verhalten der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine anlässlich des Schuhmacherstreiks in Weiskensfeld, wo dieselben durch ihr Verhalten das ergebnislose Ende des Kampfes verschuldet haben; er wünschte, daß in solchen Situationen die Mitglieder der Gewerksvereine mehr solidarisches Verhalten an den Tag legten und den Streikenden nicht mehr in den Rücken fielen. Zum Schluß hat der Redner die anwesenden Textilarbeiter, soweit sie noch nicht organisiert seien, sich dem Deutschen Textilarbeiter-Verbande anzuschließen. Erhardt schloß die letzten Worte des Referenten, daß jeder nach seiner Fassung selbst werden und sich organisieren solle, wo er will, an; er meinte, es sei doch nicht ganz gleich, man müsse vor allem darauf Bedacht nehmen, was die verschiedenen Organisationen für ihre Mitglieder erstreben. Wenn er sich auf den ausgelegten Aufnahmestempel des Gewerksvereins ansehe, was derselbe seinen Mitgliedern bietet, so müsse er sagen, daß für den Kampf so gut wie nichts übrig bleibe. Den beiden Vertretern des Textilarbeiter-Verbandes ward ebenfalls lauter Beifall gezollt.

Da hierauf der Vorsitzende bekannt gab, daß nunmehr noch ein Mitglied des Gewerksvereins sprechen und dann der Referent das Schlußwort erhalten sollte, entspann sich eine Geschäftsordnungsdebatte, an welcher sich Krause, Chemnitz und andre Anwesende beteiligten. Es wurde schließlich in der Diskussion unbestimmt fortgeführt. Herr Bergmann, Mitglied des Gewerksvereins, freute sich über den würdigen Verlauf der Versammlung und wünschte, daß in Zukunft die Organisationen einander näher kommen möchten, um so durch geschlossenes Auftreten mehr erreichen zu können. Krause wies eine Anschuldigung, welche ein Mitglied der Hirsch-Dunder'schen in einer früheren Zeitung gebracht habe und den Metallarbeiterverband betrafte, zurück. Ferner fragte er an, wie lange noch die „Allgemeine Zeitung“ Publikationsorgan des Gewerksvereins sein soll. Auch fragte er, daß zu Pfingsten gelegentlich einer Festlichkeit der Gewerksvereine Militärmusik benützt habe. Herr Bergmann erwiderte, daß dieser Umstand auch bei ihren Mitgliedern viel Staub aufgewirbelt habe, aber man hätte eben am ersten Pfingstfesttag andre Musik nicht bekommen können. Bezüglich des Publikationsorgans bleibe ihnen teils andre Wahl, „Tageblatt“ und „Neueste Nachrichten“ nähmen nichts von ihnen auf, ersteres wäre „Allgemein“ wäre ja auch nicht viel dran gelegen und sie brähte nur wenig, aber da ihnen kein andres Blatt zur Verfügung stünde, müßten sie sich damit begnügen, denn an die „Volksstimme“ könnten sie nicht herangehen, weil dieselbe die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine immer bekämpft habe. Nunmehr erhielt Herr Elbel das Schlußwort und führte aus, daß der Gewerksverein für den unangünstigen Ausgang des Schuhmacher-Streiks in Weiskensfeld nicht verantwortlich zu machen sei. Er selbst habe einen Brief des Vorsitzenden des Verbandes der Lederindustrie gelesen, worin die Anweisung gegeben war, in Weiskensfeld werde nicht nachgegeben und wenn der Streik Jahre dauere. Weil nun absolut nichts zu erreichen war, hätten sie den Mut gehabt, das den Streikenden zu sagen, aber es sei immer so, wenn ein Streik glänzend verlief, hätten die freien Gewerkschaften alles gemacht, glatte die Sache aber schief, dann wälze man ihnen die Schuld zu. Der Redner verteidigte seine Gewerkschaft noch gegen verschiedene andre Vorwürfe und wünschte schließlich, daß diese gegenseitigen Hetzereien aufhören müßten und man sich die Hand reiche zum gemeinsamen Kampfe zur Erreichung der gesteckten hohen Ziele.

Am Sonntag vormittag tagte mit dem gleichen Thema im „Lipoll“ in Chemnitz eine Versammlung. Das Referat war ungefähr dasselbe wie am Sonnabend. Die sogenannten freien Gewerkschaften suchten sehr schon zu Tarifverträgen zu kommen und wollten damit derselben Taktik die sie früher an den Gewerksvereinen tadelten. Da die Politik der Charakter verlor, die freien Gewerkschaften aber wie die Christlichen mehr oder weniger Politik trieben, seien die politisch neutralen Gewerksvereine Hirsch-Dunder'scher Richtung die empfehlenswertesten. Im übrigen mahnte der Referent auch hier zur Einigkeit und zu vereintem Vorgehen gegen das Unternehmertum.

In der Diskussion nahm zunächst das Wort Paul Wagener, der bestritt, daß die Gewerksvereine noch eine Zukunft haben und den Anschließ an die stärkste und daher leistungsfähigste Organisation empfahl. Die von dem Referenten bestragte Zerstückelung der Gewerkschaftsorganisationen könne am besten durch Anschließ der christlichen wie der Hirsch-Dunder'schen Organisationen an die große freie Gewerkschaft aufgehoben werden. Vor der Politik in dieser brauche man sich nicht zu fürchten, denn es bleibe ihr bei den sich jagenden Lohn- und Arbeitszeitkämpfen fast gar keine Zeit mehr für die Pflege der Politik. Wo aber in den Gewerkschaften noch Politik gepflegt werde, und diese Politik die sozialdemokratische sei, sei das für die Gewerkschaft nur von Vorteil, denn ihre Fortwörungen würden bei den Sozialdemokraten im Reichstage die weitgehendste Unterstützung. Der Redner ließ dann noch durchblicken, daß man zu dieser Versammlung nur einige Auserwählte eingeladen hätte und die freie Gewerkschaft von der Versammlung ferngehalten hätte.

Dann sprach der fassam bekannte Ortmanndorfer Meyer, der an den Vorstand die Frage stellte, ob der Gewerksverein wie die freie Gewerkschaft jeden, der bei einem Streik nicht mitmache, als gemeines Subjekt brandmarkte. Erhardt ging auf diese Frage näher ein und sagte, auch der Gewerksverein werde das tun müssen, wenn er sich nicht nachgeben lassen wolle, daß er solche Handlungen billige. Sich mit dem Vorredner Meyer, der überall sei, wo es gelte, einen Keil in die Arbeiterbewegung zu treiben, weiter abzugeben, hätte er unter seiner Würde, doch könne er nicht umhin, zu erklären, daß die Anträge Meyers seitens des Gewerksvereins werde bejaht werden müssen, wenn sich derselbe nicht in argen Mißcredit bringen wolle.

Auch der nachfolgende Redner Beutell fand recht scharfe Worte für Herrn Meyer. Dieser, von dem auch das Bureau nichts wissen wollte und der öfter ermahnt worden war, Schluß zu machen, nahm darauf seinen Hut und verschwand. Die Gewerksvereinsredner suchten natürlich die Wirkung der Reden ihrer Gegner nach Möglichkeit abzuwägen und diese lächerlich zu machen. Aber Antwort auf die Frage Meyers nach ihrer Stellung zum Streikdruck, vergaßen sie zu geben. Es wurde sogar noch die Redezeit auf fünf Minuten verkürzt und schließlich die Debatte durch Annahme eines Schlußantrages ganz geschlossen. Der Referent tat dann alle gegen die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine erhobenen Einwände und Bebenen als „Nägelchen“ ab und rief dann, daß an ein Aufgeben der Hirsch-Dunder'schen Gewerkschaften in den freien Gewerkschaften nicht zu denken sei, bei Kämpfen mit dem Unternehmertum gegen diese gemeinsam vorzugehen und den hiesigen Stuhlarbeiter aufzugeben, aus dem doch nur das Unternehmertum Vorteil ziehe. Gegen das Unternehmertum müsse die ganze Arbeiterkraft einig sein. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Bemerkenswert ist noch, daß der Referent auf Vorschlag die Wahl eines Bureau für unzulässig erklärte, da die Versammlung von dem Gewerksverein einberufen ist. Daß die Versammlung als öffentliche in den Verhandlungen der Gewerksvereine war, ist ihm belanglos zu sein. Vergaßen schließlich der Referent im Schlußwort nicht, weniger loyal als vor dem Referat geballt zu haben. Der Charakter der ganzen Versammlung wurde übrigens im Laufe der Diskussion eher noch unangenehmer, die gleiche Stimmung, die war und während des Referats herrschte, lag also schon im Kampfe klümmung um, als Wagener die Hirsch-Dunder'schen als wenig

leistungsfähig bezeichnete und dem Referent gegenüber bestritt, daß sie, wie dieser es tat, mit den kampfesmutigen englischen Gewerkschaften zu vergleichen seien. In große Unruhe geriet die Versammlung aber, als Wagener den Ortsnamen Weiskensfeld nannte. Gegen diese „Behässigkeit“ wandten sich vier oder fünf „Hirsche“, wobei sich zeigte, daß sie ganz gut zu kämpfen verstehen, wenn es sich um — Arbeiter, nicht um Unternehmer handelt. Dagegen wäre ja freilich nichts einzuwenden, wenn Wagener dazu Anlaß gegeben hätte. Er tat aber nicht mehr als der Referent; er empfahl keine Organisation, wie dieser die von ihm vertretene empfohlen hatte. Es schien aber, als ob man überhaupt keine Diskussion wünschte, oder doch nur eine solche, die lediglich den Beitritt zur Organisation überhaupt empfahl, ohne eine Richtung zu nennen. Wenn man das wünschte, hätte der Referent aber nicht die angeblich politisch neutrale Hirsch-Dunder'sche Organisation vor den anderen herzuverhören dürfen. Das schienen denn auch seine Freunde einzusehen, denn sie erklärten nun, daß es ihnen ganz gleich sei, wo sich die Arbeiter organisierten. Man hätte ihnen mit Recht zurufen können: Zu spät, ihr rettet den Freund nicht mehr!

### Mitteilungen aus Fachreisen.

Augsburg. Wir sind nicht genalgt wegen der Verhältnisse in einzelnen Betrieben jedesmal das Fachblatt in Anspruch zu nehmen. Doch in diesem Fall ist es unbedingt notwendig, daß eine breitere Öffentlichkeit von den Mißständen in der Senteibach-Spinnerei erfährt. Die Diktatur des Direktors Kopp und des Meisters Krad in der Senteibach-Spinnerei hat durch die jahrelange unwürdige Behandlung der Arbeiterkraft zu einer katastrophalen Erregung der letzteren geführt. Es fand eine stark besuchte Fabrikversammlung im „Sofbräuhaus“ statt. Der Gauleiter des Deutschen Textilarbeiterverbandes, Brügge mann, legte in einem längeren Referat die Situation in der Senteibach-Spinnerei dar. Zwar — führte der Redner aus — gibt es nicht nur im Senteibach unhaltbare Zustände, sondern auch in allen anderen Betrieben, aber nirgends so schreckend wie dort. Die Beherzter dieser Fabrik erkennen in den Arbeitern keine Menschen, sondern nur Werkzeuge kapitalistischer Proffitsucht; es gibt für die Arbeiter nur Pflichten, während die Vorgesetzten alle Rechte für sich in Anspruch nehmen. Während sich ein Arbeiter einmal, eine Beschwerde vorzubringen, dann wird er derauf angefahren, daß es ihm vergeht, ein zweites Mal wieder zu kommen, ja man wagt sich in den meisten Fällen, den Beschwerdeführer nur anzuhören, geschweige denn Abhilfe zu schaffen. Nichts als brutales Gewalt, ewiger Druck und systematisch betriebene Schikane sind die täglichen Leiden der Arbeiter in der Senteibach-Spinnerei. Nun ist die Erregung am höchsten gestiegen, und wenn es zu einem unüberlegten Schritt der Arbeiter kommt, dann ist einzig und allein der Direktor Kopp und seine beiden Helfer Krad und Schmid daran schuld. Von allen Seiten verlassen, wird sich die Arbeiterkraft selber helfen. Sie wird in Zukunft sich weigern, bei den miserablen Löhnen die Maschinen zum Putzen der Maschinen noch aus der eignen Tasche zu bezahlen und verlangt in erster Linie anständige Behandlung, die man von jedem einigermassen gebildeten Menschen verlangen kann. Der Referent schloßerte dann noch die vielen, vielen thätlichen Ungerechtigkeiten, wodurch ein ungeheurer großer Maß von Erbitterung aufgetapelt worden ist. Der Sekretär des Textilarbeiterverbandes in Augsburg, Deffner, bemerkte dann, daß zu dieser Versammlung neben der gesamten hiesigen Presse auch der Direktor Kopp eingeladen worden sei, und man hätte von ihm so viel Mut erwartet, daß er vor der versammelten Arbeiterkraft seine Direktoren-Taktik vertheidigt hätte. Man sei im gewöhnlichen Leben immer der Ansicht, daß ein Mann, der als Direktor an einen solchen Betrieb gestellt wird, auch den notwendigen Anstand besitze und daß derselbe auch den Arbeitern gegenüber gewahrt werde. Das sei aber bei dem Herrn Direktor Kopp nicht der Fall. Ferner meinte der Redner, wenn sich das Gericht bestätigen sollte, daß Kopp zurücktreten wolle, so weine ihm die Gesamtarbeiterkraft des Betriebs seine Tränen nach und wenn er auch die Herren Schmid und Krad mitnehmen sollte. (Stürmischer Beifall.) Die beiden Meister versuchten es außerordentlich gut, die Arbeiter gegenseitig hinter einander zu behen und das stärkste Gild habe Schmid geleistet, indem er eines Arbeiterin verbot, ihn anzusehen. Deffner meinte, das sei sehr bezeichnend für die Selbstverwundung dieses Herrn. Nach der Mittagspause von oben herab durch eine Maßregelung veranlaßt, aber wieder im guten beleagerten Arbeitsmangel einer Anzahl Arbeiterinnen habe der Obermeister Schmid sein Wort gegeben, niemandem aus diesem Vorkommnis etwas nachzuragen. Nach den neuerlichen Vorwommnissen aber könne die Arbeiterkraft zu den Meistern sowohl als auch zu dem sich von diesem am Hängelband leitenden Direktor Kopp kein Vertrauen mehr haben. Deffner meinte, wenn nicht alle Angelegenheiten trügen, dann habe der Direktor die Pflicht, die Arbeiter herauszufordern. Aber es könnte den Textilarbeitern gehen, wie es den Metallindustriellen ergangen sei, welche nach Beendigung der großen Metallarbeiter-Ausperrung gesagt haben, wenn sie die Stärke der Metallarbeiter-Organisationen gekannt hätten, würde die Ausperrung nicht in Bayern, sondern anderswo probiert worden sein. — Brügge mann teilte noch mit, daß nun im Senteibach eine neue Wohlfahrts-Einrichtung geschaffen worden sei. Man habe einen Mann angestellt, der aufzukommen habe, wie lange und wie oft der einzelne Arbeiter oder Arbeiterin den Abort besuche. — Nach dem Schlußworte Deffners, der alle Senteibach-Arbeiter zur Organisation rief, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute am 7. September 1905 im „Sofbräuhaus“ stattfindende sehr gut besuchte Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung protestiert ganz energisch gegen das provokatorische Vorgehen des Herrn Direktors Kopp, des Droffleisters Krad und des Obermeisters Schmid. Die Arbeiter sind überzeugt, daß mit diesem Vorgehen ein Streik der Arbeiter propagiert werden solle, um dann von dem Beschluß des Senteibach-Textilarbeiterverbandes, sämtliche Textilarbeiter auszusperrn, Gebrauch machen zu können. Die Arbeiter erklären sich gegen jeden unbilligen Kampf, weil sie überzeugt sind, daß die ganze Industrie darunter leiden müßte. Doch erklären sie weiter, daß, wenn bezügliche Provokationen fort-dauern, sie vor einem ersten Kampf nicht zurücktreten werden.“

Chemnitz. In der Zwölfer- und Färber- von Dignowitz ist der Arbeitern durch Anschlag bekannt gegeben worden, daß ihnen das Abrocknen der Hände nach dem Chloren an unheilbarem Gort verbotlen sei und Zuwiderhandlungen mit 1 Mk. Strafe belegt würden. Gegen dieses Verbot wäre an sich nichts einzuwenden, wenn den Arbeitern zum Abrocknen der Hände Handflücher zur Verfügung gestellt würden. Das soll aber in jenem Betriebe nicht der Fall sein.

Wien. Am Sonntag den 8. September fand im Lokale des Herrn Hermann Gelbe unter regelmäßiger Mitglieder-Versammlung statt. Die Abrechnung vom 2. Quartal wurde vom Vorsitzenden gegeben. Sie war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden. Dem Referat wurde Entlastung erteilt. Ueber die Extralauer-Anstalt hat eine lebhaft debattiert. Der Vorsitzende, Amle A. D. D. wollte die Mitglieder, wegen dieser Steuer dem Verbande den Rücken zu kehren. Für den nächsten Sonntag im Oktober wurde ein Anschlag beschlossen. Dagegen sollen jedoch nur Mitglieder des Vereines, welche die Angelegenheit eingeleitet haben, die weiteren Verhandlungen betreffen einen Antrag. Darausgastion und die hiesigen Organisations- und wurde eine regere Beteiligung an den Versammlungen gewünscht.